

Wöchentlich 10 Pfennig monatlich 3. Reichsmark im voraus zahlbar. Unter Streifen im In- und Ausland 5.50 Reichsmark per Monat.

Der „Vorwärts“ mit der besten Lesarten Samstagsbeilage „Voll und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Witz“, „Aus der Heimat“, „Sachbeilage“, „Braunbrenner“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Berichte“, „Wid in der Arbeiterwelt“, „Kulturarbeit“ und „Tischgespräch“ erscheint wöchentlich zwei mal, Sonntags und Feiertags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Donnerstag
19. Januar 1928
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einblättrige Samstagsbeilage 10 Pfennig. Beilage 3. - Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das letzte Blatt 25 Pfennig. Täglich zwei Jahrbücher. Beilage, jedes weitere Blatt 12 Pfennig. Stellenangebote das erste Blatt 15 Pfennig. Jedes weitere Blatt 10 Pfennig. Jedes Blatt über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Ehrenreue Seite 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft. Untere Straße 3. wochentags von 8 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Telefon: Förschell 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkontokonto: Berlin 37536 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65. Diskontokonto: Postkontokonto, Lindenstr. 3

Heute wieder Reichstag.

Röhler bringt den Etat ein. - Schulgesetzhandel ohne Ende. - Die Zentrumskrise.

Der Reichstag tritt heute um 3 Uhr zum erstenmal nach den Weihnachtsferien wieder zusammen. Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Etats. Die Sitzung wird mit einer Rede des Reichsfinanzministers Dr. Röhler beginnen. Ob sie darauf verlagert oder ob sofort mit der Aussprache begonnen wird, darüber entscheidet der Aelteste der ersten Kammer heute mittag.

Als erster Redner wird der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion Genosse Severing sprechen. Das Zentrum hat als Fraktionsredner den Abg. v. Guérard bestimmt. Für die Deutschnationalen werden die Abgg. Wallraf und v. Freytag-Loringhoven sprechen, für die Deutsche Volkspartei der Abg. Dr. Cremer. Für die Demokraten wird der Abg. Koch-Beser das Wort ergreifen. Für die Bayerische Volkspartei der Abg. Leicht und für die Wirtschaftliche Vereinigung der Abg. Dremitz.

Das gestrige Bürgerblatbulletin zum Reichsschulgesetz besagt:

Im Interfraktionellen Ausschuss des Reichstags erklärte heute die Deutsche Volkspartei, daß sie ihre Unterschrift unter den § 16a zurückziehe. Da dieser Paragraph angeblich keinen wesentlichen Bestandteil des Gesetzes darstellt, erklärten sich die übrigen Regierungsparteien damit einverstanden, daß der § 16a fortfällt. Der Antrag betr. § 16a wird daher in der Donnerstagssitzung von den Regierungsparteien zurückgezogen werden. Damit gilt diese Schwierigkeit als behoben.

Der § 16a sah vor, daß bereits getroffene Vereinbarungen zwischen Staatsbehörden und Religionsgesellschaften über Zusammenarbeit beim Religionsunterricht durch das Reichsschulgesetz nicht berührt werden. Die Vertreter der sozialdemokratischen und der demokratischen Fraktion wiesen im Ausschuss darauf hin, daß § 16a eine Anerkennung des Konkordats zwischen Bayern und dem Vatikan enthalte. Darauf peinliche Verlegenheit bei der Volkspartei und einige Tage hilflosen Durcheinanders, das seinen Ausdruck in einigen Dementis fand, in denen Meldungen von der Absicht der

Volkspartei, ihre Unterschrift unter den § 16a zurückzuziehen, in das Reich der Habeln verwiesen werden.

Die Volkspartei hat sich jetzt doch dazu entschlossen. Erst Umfahl nach der einen Seite, dann wieder Umfahl nach der anderen Seite. Der Schaukelstuhl bleibt in Bewegung. Die nationalliberalen Traditionen werden hochgehalten.

Wenn es in der Verlautbarung heißt, § 16a sei kein wesentlicher Bestandteil des Schulgesetzes, so kommt damit zum Ausdruck, daß Zentrum und Bayerische Volkspartei das Reichsgesetz für völlig ausreichend halten, um die bayerischen Verhältnisse über die Grenzen Bayerns hinaus zu verpflanzen. Und das ist der springende Punkt. Indem die Volkspartei ihre Unterschrift unter den § 16a zurückzieht, gibt sie zu, daß ihre „nationalliberalen Prinzipien“ sie eigentlich verpflichten, die Unterschrift unter das ganze Gesetz zurückzuziehen.

Der Vorstand der Zentrumskraktion des Reichstags beschäftigte sich gestern mit dem Streit im Zentrum. Stegerwald war anwesend. Ueber die Sitzung wurde folgender Bericht ausgegeben:

Der Vorstand der Zentrumskraktion des Reichstags trat heute zu einer Sitzung zusammen, die sich u. a. in mehrstündigen Verhandlungen mit inneren Angelegenheiten der Partei beschäftigte. Die Beratungen konnten nicht zu Ende geführt werden, weil der Reichskanzler durch die sich über Erwartungen hinausziehende Länderkonferenz abgehalten wurde und mehrere andere Mitglieder des Vorstandes am Erscheinen verhindert waren.

Der Sozialdemokratische Pressedienst will jedoch wissen, daß Röeg schon während der Aussprache erschien und mit dem Vorstoß in die Debatte eingriff, die Streitigkeiten durch gegenseitige Erklärungen aus der Welt zu schaffen.

Gröner Seplers Nachfolger?

In der Presse wird jetzt ziemlich allgemein als Nachfolger Seplers im Reichswehrministerium der frühere Reichsverkehrsminister General a. D. Gröner genannt. Die Ernennung, die den Beifall der Deutschnationalen nicht zu finden scheint, soll angeblich Ende dieser Woche erfolgen.

Gegen den Eisenwucher.

Forderungen der Gewerkschaften.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat unter dem 18. Januar folgendes Schreiben an den Reichswirtschaftsminister gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Minister! Wir fühlen uns verpflichtet, Ihnen unsere schweren Bedenken und unseren Protest gegen die von der Industrie beschlossene Erhöhung der Preise für wichtige Eisenprodukte zum Ausdruck zu bringen. Die eisen-erzeugende Industrie hat an der guten Wirtschaftskonjunktur in welchem Maße teilgenommen. Sie konnte weitgehend auf Ausfuhr zu den niedrigen Weltmarktpreisen verzichten, weil die Aufnahmefähigkeit des Inlandsmarktes den Absatz ihrer Erzeugnisse zu den

höheren deutschen Preisen

sicherte. Ihr Erlös hat sich im Durchschnitt um 20 Proz. je Tonne ihrer Erzeugnisse gesteigert.

Als im Sommer 1926 die Kohlen-Gemeinschaft abgeschlossen wurde, verlor die Industrie die Öffentlichkeit durch das Versprechen zu beruhigen, für einen Ausgleich zwischen Weltmarktpreis und Inlandpreis Sorge zu wollen. Das Gegenteil ist eingetreten. Schon jetzt liegen die

Inlandspreise etwa um 30 Proz. über den Weltmarktpreisen.

erheben sich also über die durch Schutzoll und Frachtkosten gegebene Grenze. Der neue Aufschlag bedeutet eine weitere Verteuerung von rund 5 Proz. Diese außergewöhnliche Spanne zwischen Inlandspreis und Weltmarktpreis war nur durch schärfste Kartelle der Industrie und des Eisenhandels möglich. Der freie Handel, der durch Einfuhr ausländischer Materials eine Korrektur der amporgetriebenen Preise hätte bringen können, wird durch Sperre und Ausschließlichkeitsklausel unmöglich gemacht. Das Kartellsystem hat hier zu

schwerer Schädigung der Volkswirtschaft

geführt. Schon jetzt ist die weiterverarbeitende Eisenindustrie gegenüber der Konkurrenz des Auslandes durch die Spanne zwischen Inland- und Weltmarktpreis ihres Rohstoffes verbeizt. Erzeugte diese Verbeizung in ihren Folgemirungen

schon seither einen Druck auf die Löhne und Gehälter, so wird die jegliche Erhöhung diesen Druck noch verstärken.

Die Preiserhöhung ist über ihre wirtschaftlichen Tendenzen hinaus ein wohlberechneter

Schlag gegen die gewerkschaftlichen Bestrebungen

nach Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, wie gegen die Entwicklung der Sozialpolitik überhaupt. Sie soll eine taktische Geste an die Regierung und Öffentlichkeit sein, als seien mit der Bessergestaltung der Lebensbedingungen der Arbeitnehmer notwendigerweise Preiserhöhungen verbunden. Als der Schiedsspruch in der Schwereisenindustrie gefällt wurde, rechnete man zweifellos auf einer Seite mit einer Preiserhöhung. Denn sonst hätte der Reichsarbeitsminister in der Auslegung seiner Verordnung den Wünschen der Industrie nicht so weit entgegenkommen können. Auch der Schlichter hätte knifflig die Verbindlichkeitsklärung für eine so lange Zeitspanne höchstwahrscheinlich nie ausgesprochen. Die Preiserhöhung geht über die durch Verordnung und Schiedsspruch herbeigeführte materielle Belastung weit hinaus. Dadurch ermöglicht es die Industrie in

volkswirtschaftlich nicht zu rechtfertigender Weise

unrationalen oder rückständigen Unternehmen, ihre Betriebe weiterhin aufrecht zu erhalten.

Alle diese Gründe sollten Sie, Herr Reichswirtschaftsminister, veranlassen, zum Schutze der deutschen Wirtschaft und zur Verteidigung der deutschen Sozialpolitik der Eisenpreiserhöhung mit allen Mitteln entgegenzutreten. In erster Linie dürfte sich die Anwendung der Kartellverordnung empfehlen, die Ihnen, Herr Minister, zum Schutze der deutschen Wirtschaft in die Hand gegeben worden ist. Darüber hinaus muß u. E. jetzt die

sofortige Aufhebung oder eine erhebliche Senkung der Eisenölle herbeigeführt werden. Endlich zwingt die Tatsache, daß die Eisenindustrie ihre Monopolstellung auf dem Inlandmarkt zum Schaden der Gesamtwirtschaft ausnützt, dazu, nunmehr die schon einmal verbotene gemischtwirtschaftliche Regelung dieser Industrie ernsthaft in Angriff zu nehmen.“

Schluß mit der Verschwendung!

Im Wehretat können Hunderte von Millionen gespart werden. - Das überflüssige Verkehrsministerium.

Mit Ach und Krach ist es der Bürgerblockregierung gelungen, den Reichshaushalt für das Rechnungsjahr 1928, den letzten, den sie aufzustellen hat, auf dem Papier ohne Fehlbetrag abzuschließen. Das zu erreichen, mußte sie recht gewundene Wege beschreiten. Sie ging zunächst bei Aufstellung des Etats von der Annahme einer Fortdauer, ja eines Anstiegens der günstigen Wirtschaftskondition aus. Nur so konnte der Rechtsblock - immer auf dem Papier! - zahlreiche soziale Ausgaben sehr erheblich senken. Allein der Etat des Reichsarbeitsministeriums konnte mit einer Minderausgabe in Höhe von 403 Millionen Mark gegen das Vorjahr abgeschlossen werden. Inzwischen aber hat die Arbeitslosigkeit bereits wieder gewaltig zugenommen. Auf der anderen Seite wurden die Einnahmen sehr viel höher eingeschätzt, so bei den Besitz- und Verkehrssteuern um 755 Millionen, den Böllen und Verbrauchsabgaben um 180 Millionen. Wenn auch aus diesen Mehreingängen rund 325 Millionen sofort als Ueberweisung an die Länder wieder abfließen werden, bleibt doch ein großer Ueberfluß zur Verfügung. Man zog dann weiter auch die letzten offenen Reserven heran. Diese Reserven bestehen außer der Rückzahlung eines Darlehens von 80 Millionen, das der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft 1926 gewährt worden war, in der Hauptsache aus den Ueberflüssen des Jahres 1927 (160 Millionen) und den Gewinnen aus der letzten Münzprägung (175 Millionen).

Der Ausgleich im Ordentlichen Haushalt für 1928 ist auf diese Weise erreicht. Die Frage, ob selbst bei Annahme einer auch das Rechnungsjahr 1928 ausfüllenden günstigen Wirtschaftskondition die obigen Schätzungen der Regierung gerechtfertigt und nicht vielmehr zu niedrig bzw. zu hoch gegriffen sind, soll hier nicht erst untersucht werden.

Wie sieht es nun aber mit dem Außerordentlichen Haushalt, der im Gegensatz zum Ordentlichen Haushalt nicht aus laufenden Steuermitteln, sondern aus Anleihen zu decken ist, und daher nicht für sich allein, sondern im Zusammenhang mit den früheren Jahren betrachtet werden muß. Der Außerordentliche Haushalt für 1928 ist gering (146 Millionen). An den Außerordentlichen Haushalten der Jahre 1925, 1926 und 1927 sind aber Ausgabebewilligungen in Höhe von 914 Millionen noch ungedeckt, da die Anleihen, aus denen diese Bewilligungen bestritten werden sollten, nicht ausgenommen werden konnten. Etwa die Hälfte dieser Riesensumme ist trotzdem bereits ausgegeben. Zu diesem Zweck sind Beträge verwendet, die aus Steuermitteln für den Ordentlichen Haushalt bewilligt waren, aber aus irgendwelchen Gründen nicht sofort gebraucht wurden, und dazu noch die „Reste aus übertragbaren Fonds“. Da auch für 1928 und die folgenden Jahre an eine Aufnahme von Anleihen nicht zu denken sein wird, die Ausgaben des Außerordentlichen Haushaltes aber fortlaufen, wird man, neben dem gelegentlichen Ausschüttungsmittel der Ausgabe von Schatzwechseln, auch in 1928 jeden verfügbaren Groschen des Außerordentlichen Haushalts zugunsten des Außerordentlichen ausborgen müssen.

Diesen Etat mit einer solchen inneren Verschuldung bezeichnete der Reichsfinanzminister Dr. Röhler unmittelbar vor Einbringung in den Reichsrat als einen Etat, „der ohne Fehlbetrag abschließt und jedenfalls gesund ist.“

Wie werden die Dinge sich nun für das Rechnungsjahr 1929 gestalten? Alle Reserven, die offen sind wie die verdeckten, sind dann aufgebraucht. Für die Zukunft ist keinerlei Vorsorge getroffen. Auf Fortdauer oder auf ein weiteres Ansteigen der günstigen Wirtschaftslage zu bauen, wäre unverzeihlicher Leichtsinns. Wer verantwortungsvolle Politik treiben will, wird vielmehr auch damit rechnen müssen, daß die Steuer- und Kolleinnahmen des Reiches nicht weiter ansteigen, sondern stabil bleiben, ja vielleicht zurückgehen und daß dementsprechend auch die Ausgaben für soziale Zwecke sich wieder stark erhöhen werden. Auch sonst hat man sicher mit hohen Mehrausgaben zu rechnen. Das Reparationsjahr läuft im Gegensatz zum Rechnungsjahr nicht von April bis März, sondern von September bis August. Das Rechnungsjahr 1929 umfaßt daher zum erstenmal ein volles Reparationsjahr mit der normalen Leistung von 1250 Millionen aus dem Reichshaushalt. Allein dadurch erfordert es eine Mehrbelastung von rund 300 Millionen Mark. Aus diesen Gründen kann man nicht früh genug Umschau nach der Bereitstellung neuer Mittel oder zur Erzielung von Ersparnissen halten.

Neue Mittel, die den elementarsten Forderungen sozialer Gerechtigkeit entsprechen und nur einen kleinen Ausgleich für die steigende Belastung der wertvollen Bevölkerung darstellen würden, sind auf dem Gebiet der Vermögens- und Erbschaftsteuer schwer zu beschaffen. Große Ersparnismöglichkeiten hingegen ergeben sich beim Wehr- und beim Verkehrsstat.

Der Etat des Wehrministeriums schließt 1928 ab mit 705,6 gegen 640,5 Millionen Mark in 1927. Die sozialdemo-

fratische Fraktion hatte bei den vorjährigen Beratungen Abstriche von 92,5 Millionen Mark beantragt. Diese Abstriche wurden von der geschlossenen Phalanx der bürgerlichen Parteien glatt abgelehnt. Aber niemand, weder in der Regierung noch von den bürgerlichen Parteien, hat zu behaupten gewagt, daß durch diese Abstriche die Reichswehr zur Erfüllung ihrer Aufgaben unfähig geworden wäre. Diese Aufgaben hat Herr Dr. Gehler bei der vorjährigen Beratung genau umschrieben. Man habe Deutschland in Versailles „auf ein System festgelegt, das uns einen längeren Kampf mit unseren Nachbarn im Verteidigungskrieg völlig ausfallslos macht... Das, was wir mit unserem Heer zurzeit schaffen können, ist nur ein ganz bescheidener Grenzschutz.“

Wie die nächsten Wahlen ergeben werden, wird mit der Sozialdemokratie eine große Mehrheit des Volkes bereit sein, einen solchen bescheidenen Grenzschutz durch die Reichswehr aufrechtzuerhalten. Aber, was darüber ist, ist vom Lebel. Die Dinge, die sich jetzt wieder bei den Reichstagsverhandlungen abgespielt haben, sind nicht länger zu ertragen. Jede im Wehretat angeforderte Position verteidigt die Regierung wie eine Löwin ihr Junges. Auf der anderen Seite wird jede, auch die kleinste, notwendige Neuankündigung von Mitteln abgelehnt mit der stereotypen Rede: „Ist mit der Gesamtlage des Haushalts nicht vereinbar.“ Ist die Regierung zu schwach, muß den Herzen im Wehrministerium durch den Reichstag gezeigt werden, daß auch sie, wie alle anderen Ressorts, sich den finanziellen Notwendigkeiten zu fügen haben. Gerade sie, die all die Jahre hindurch uneingeschränkt aus dem vollen wirtschaftlichen und in 1927 aus übertragbaren Fonds noch über Reste in Höhe von 94 Millionen Mark verfügten, sind, ohne ihre Pflichten zu verletzen, zu solchen Einschränkungen weit mehr in der Lage, als die übrigen Verwaltungen. Dem Wehrministerium wäre daher aufzugeben, einen Etat vorzulegen, der im Gesamtbetrag 450 Millionen nicht übersteigt. Neue Schiffbauten, auch mit den kleinsten ersten Raten, dürften selbstverständlich nicht ausgenommen werden. Wo die notwendigen Abstriche vorzunehmen sind, wäre zunächst der Verwaltung zu überlassen. Nur bei der Verpflegung, der Bekleidung und Unterbringung der Mannschaften, sowie bei den Maßnahmen, die den Mannschaften den späteren Uebertritt in einen bürgerlichen Beruf ermöglichen und erleichtern sollen, dürften Abstriche nicht gemacht werden.

Eine zweite erhebliche Einsparung, die spruchreif erscheint, könnte durch Aufhebung des Reichsverkehrsministeriums, seine Angliederung an das Reichswirtschaftsministerium und Kürzung der Luftfahrtsubventionen erzielt werden. Die unbedeutenden kleinen Verwaltungen, die dem Verkehrsministerium unterstehen, können durch das Wirtschaftsministerium so gut wie durch das Verkehrsministerium betreut werden. Neue Wasserstraßenbauten sind schon in 1928 nicht mehr vorgesehen, und werden bei der finanziellen Lage Deutschlands für absehbare Zeiten nicht beabsichtigt werden. Die Fortführung der angefangenen Bauten, die Wahrnehmung der verschiedenen Beteiligungen des Reiches an Verkehrs-Unternehmungen sind gleichfalls beim Wirtschaftsministerium gut aufgehoben. Es bleibt übrig die allgemeine Tätigkeit auf dem Gebiet der Seeschifffahrt, des Luft-, Kraft- und Eisenbahnwesens. Für die Seeschifffahrt werden in 1926 258 000, für das Kraftfahrwesen 3,4 Millionen, für das Eisenbahnwesen 426 000 Mark gefordert. Diese Zahlen zeigen schon, daß die genannten drei Abteilungen ganz unbedeutend sind. Wichtig allein ist die Abteilung für das Luftfahrwesen, für das, ohne die Kosten der Abteilung selbst, 55,5 Millionen verlangt werden. In dieser Abteilung sitzen, von einigen wenigen Verwaltungsbeamten und Juristen abgesehen, nur ehemalige Fliegeroffiziere. Es fehlen, wie hier vor einigen Wochen des ausführlichen dargelegt wurde, die dringend notwendigen Fachmänner als Aufsichtsinstanzen für die großen in Betracht kommenden wirtschaftlichen Unternehmungen. Gerade auch für die Luftfahrtinteressen Deutschlands würde daher die Betreuung durch das Wirtschaftsministerium nur förderlich werden.

Das Gleichgewicht im Reichshaushalt ist für jede gesunde Finanz- und Währungspolitik die erste und wichtigste Voraussetzung. Ob diese Voraussetzung für 1928 gesichert ist, scheint bereits zweifelhaft. Für 1929 und die folgenden Jahre aber ist die Stabilität des Etats zweifellos außerordentlich gefährdet. Die Sorge dafür darf man nicht dem Jahr 1929 überlassen. Jetzt bereits muß darauf hingewirkt werden, daß die Ausgaben des Jahres 1929 wesentlich kleiner werden als in 1928. Das kann und muß beim Wehr- und Verkehrsministerium geschehen.

Polens Minderheitenwahlblock gebildet.

Gemeinsame „Reichsliste“.

Warschau, 18. Januar. (Eigenbericht.)

Der Minderheitenwahlblock hat sich nach langen Kämpfen am Mittwoch konstituiert. Auf der Staatsliste kandidiert an erster Stelle der Ukrainer Lewicki, an zweiter Stelle der jüdische Zionist Grünbaum, an dritter Stelle der Weiskulle Jeremiej, an vierter der Deutsche Rautmann, der bisherige Vorsitzende der deutschen Sejmfraktion.

Die Litauer und sozialistischen Minderheitsparteien gehen teils mit der PPS, teils haben sie besondere Listen aufgestellt.

20 000 Deutsch-Ostoberschlesier will man pressen

Kattowitz, 18. Januar.

Die Zahl der Einsprüche gegen die Wählerliste wegen Anzweiflung der polnischen Staatsangehörigkeit beläuft sich nach vorläufiger Feststellung auf rund 20 000 deutsche Wahlberechtigte. Die Annahme der Einsprüche durch die Wahlkommission und die Streichung der deutschen Wahlberechtigten aus den Wählerlisten ist nach den Bestimmungen des Wahlgesetzes völlig unrecht erfolgt. Von der deutschen Wahlgemeinschaft ist gegen dieses Verfahren Protest eingelegt worden. Es ist allerdings kaum anzunehmen, daß von den polnischen Behörden in allen Fällen diesem Protest stattgegeben wird.

Zußerdem versucht man von polnischer Seite die deutschen Wähler in Ostoberschlesien durch Drohbriefe einzuschüchtern, die von einem schwarzen Komitee verfaßt worden sind und in denen die deutschen Wähler gewarnt werden, für die deutsche Liste zu stimmen. Dieser Drohbrief ist zu Tausenden, besonders in Myslowitz, aber auch in anderen Orten verfaßt und verteilt worden.

Trübe Aussichten für den Wohnungsbau!

Die Finanzpolitik versagt. — Nur die Hälfte des Bedarfs wird gebaut.

Der Wohnungsausschuß des Reichstags nahm am Mittwoch die Beratung der Denkschrift der Reichsregierung über den Wohnungsbau auf, die sich gerade darin auszeichnet, daß trotz der Menge Druckseiten kein Wohnungsbauprogramm vorgeschlagen wird und nur wertvoll in dem Befehnis ist, daß ohne öffentliche Mittel der Wohnungsbau nicht gefördert werden könne.

Ministerialrat Wöls vom Arbeitsministerium gab zunächst eine Uebersicht über den Wohnungsbau. Für 1927 hätten die Gemeinden 270 000 Wohnungen geplant, hätten aber aus Mangel an Mitteln diesen Plan einschränken müssen, zum Teil seien die Bauten stiefmütterlich geblieben. Das komme daher, weil die Finanzpolitik versagt habe. Für 1927 seien etwa 200 Millionen Mark für den Wohnungsbau in Aussicht genommen gewesen. Doch sei ein Fehlbetrag von etwa 800 Millionen zu verzeichnen. Die Hypothekendarlehen hätten verjagt, weil Handbriefe nicht abzugeben gewesen seien. Statt 600 Millionen Mark hätten die Hypothekendarlehen nur 100 Millionen Mark aufgebracht. Ebenso haben die öffentlichen Kreditanstalten versagt, sie hätten statt 300 Millionen nur 150 Millionen Mark aufgebracht, dagegen hätten die Sparkassen statt 300 Millionen 550 Millionen Mark für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt. Der Anleihemarkt habe versagt, weil die Industrie mehr Kredit in Anspruch genommen habe.

Aus diesem Grunde hätten die Gemeinden bereits über die

Mietsteuer für 1928 verriegt, doch wisse niemand, wie hoch die Summe sei. Die Folge wäre, daß

für 1928 höchstens 1400 Millionen Mark für den Wohnungsbau

blieben, und zwar etwa 600 Millionen Mietsteuern, 600 Millionen Anleihen und 200 Millionen Eigenkapital. Mit diesen Summen könnte höchstens die Hälfte der notwendigen Wohnungen 1928 gebaut werden. Auf dieser schwankenden Grundlage sei es unmöglich, ein Bauprogramm aufzustellen; ohne Richtlinien werde man freilich nicht auskommen. Es sei auch versucht worden, Auslandsanleihen für den Wohnungsbau flüssig zu machen.

Genosse Hüttmann begründete eingehend, daß man aus dieser Anarchie herauskommen müsse, weil sonst der Wohnungsbau stocke, die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe gesteigert werde, das Baugewerbe als Schlüsselindustrie werde lahmgelegt sein, und dies würde sich auf das ganze Wirtschaftsleben auswirken. Man würde die Hoffnung zerstört, in absehbarer Zeit aus der Wohnungsnot herauszukommen. Die Rationalisierung, die Typisierung des Wohnungsbaues, die Ausdehnung der Bauarbeit auf das ganze Jahr, die Finanzierung des Wohnungsbaues sei unmöglich ohne ein Bauprogramm auf lange Sicht.

Auch die Redner der Deutschnationalen erklärten, daß man ohne ein festes Programm nicht auskommen werde. Die Beratungen gehen Donnerstag weiter.

Das Ergebnis der Länderkonferenz

Ein inhaltsarmes Kommuniqué. — Zwei Ausschüsse. — Keine Einigung über die Grundfragen.

Die Reichsregierung veröffentlicht über das Ergebnis der Länderkonferenz folgendes Kommuniqué:

Durchdringung von der Ueberzeugung, daß der Wiederaufstieg unseres Volkes nur auf der Grundlage einer einmütigen und verständnisvollen Zusammenarbeit zwischen Reich und Ländern erfolgen kann, sind Reichsregierung und Länderregierungen in der Konferenz nach eingehenden Beratungen zu folgenden Ergebnissen gelangt:

I.

Reichsregierung und Ländervertreter sind der Auffassung, daß die Weimarer Regelung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern unbefriedigend ist und einer grundlegenden Reform bedarf. Wenn auch darüber, ob die Reform die unitarischen oder die föderativen Kräfte stärken soll oder welche Vereinigung beider Kräfte in neuer Form möglich ist, eine Uebereinstimmung nicht erzielt werden konnte, so bestand doch darüber Einigkeit, daß eine starke Reichsgewalt notwendig ist.

Im übrigen wurde in folgenden Punkten Einverständnis erzielt: 1. Jede Teillösung ist bedenklich. Insbesondere soll die Gesamtlösung nicht dadurch erschwert werden, daß leistungsschwache Länder vom Reich als „Reichsländer“ aufgenommen werden. Finanziellen Notständen von Ländern, welche durch die Entwicklung der Verhältnisse eintreten, soll durch andere geeignete Maßnahmen entgegen gewirkt werden; als solche kommen Dotationen nicht in Frage.

2. Das Reich soll seinen Nachbarn nicht durch finanzielle Zuschüsse oder ähnliche Maßnahmen zum Schaden der Länder erweitern.

3. Wenn kleinere Länder in Nachbarländern aufzugehen wünschen, so soll dieses Aufgehen nach Möglichkeit erleichtert werden. Die Auflösung der bestehenden zahlreichen kleinen Enklaven und Exklaven im Wege freier Vereinbarung erscheint wünschenswert.

4. Die Länder werden häufiger und beschleunigter als bisher untereinander Vereinbarungen zur Rechts- und Verwaltungsangleichung und -vereinfachung treffen, bei deren Abschluß die Reichsregierung mitwirkt.

5. Die Lösung des Gesamtproblems soll durch den Bericht eines Ausschusses vorbereitet werden, der zu gleichen Teilen von der Reichsregierung und den Länderregierungen besetzt wird. Die Regierungen der im Verfassungsausschuß des Reichsrats vertretenen Länder werden je einen Vertreter in den Ausschuss entsenden. Der Ausschuss hat das Recht der Zuwahl. Er kann Sachverständige hinzuziehen. Den Vorsitz des Ausschusses führt der Reichstanzler.

II.

Die Reichsregierung hat im Interesse der Lösung des Gesamtproblems folgende Maßnahmen in Aussicht gestellt:

1. Zur Beseitigung finanzieller Notstände von Ländern, die durch die Entwicklung der Verhältnisse eintreten, ist die Reichsregierung bereit, über die geltende verfassungsmäßige Zuständigkeit hinaus, geeignete Verwaltungsbereiche solcher leistungsschwachen Länder auf das Reich zu übernehmen.

2. Zur Herbeiführung von Vereinbarungen über das Aufgehen kleinerer Länder in Nachbarländer, sowie für die Auflösung von Enklaven und Exklaven stellt die Reichsregierung ihre guten Dienste zur Verfügung, sie ist insbesondere bereit, eine Stelle zu bestimmen, welche in enger Fühlungnahme mit den Ländern anregend, vermittelnd und auf Antrag der Beteiligten als Schiedsinstanz tätig wird.

3. Zur Vereinfachung der Gesamtverwaltung des Reiches wird die Reichsregierung demnächst im Reichsrat neue Vorschläge für das Reichsverwaltungsgericht machen.

III.

Reichsregierung und Länderregierungen sind sich darüber einig, daß Maßnahmen zur Sicherstellung sparsamer Finanzgebarung, in Reich, Ländern und Gemeinden getroffen werden müssen. Ein Ausschuss, der unter Vorsitz des Reichsministers der Finanzen aus mindestens vier Finanzministern der Länder besteht, soll näher prüfen, welche Wege in dieser Richtung gangbar erscheinen.

IV.

Bezüglich der Fragen der Verwaltungsreformen sind Reichsregierung und Landesregierungen über die Notwendigkeit beschleunigter Durchführung von entsprechenden Reformen in

Reich und Ländern einig. Diese Reformen haben sich insbesondere auf folgende Fragen zu erstrecken:

a) zweckentsprechende Zusammenlegung von bisher nebeneinander bestehenden Behörden;

b) zweckmäßige und den heutigen Verhältnissen angepaßte Abgrenzung der Bezirke der Lokal- und Mittelbehörden.

Um eine Gleichmäßigkeit in der Durchführung der notwendigen Verwaltungsreformen in den Ländern und eine Uebereinstimmung in den entsprechenden Maßnahmen des Reiches sicherzustellen, sind sich Reichsregierung und Länderregierungen darüber einig, daß es zweckmäßig ist, wenn

a) Landesregierungen der Reichsregierung (Reichs- spartkommissar) ihre Verwaltungsreformpläne mitteilen;

b) der Reichs- spartkommissar sich auf Antrag der Landesregierungen zu ihren Plänen gutachtlich äußert. In diesem Falle werden die Landesregierungen dem Reichs- spartkommissar Gelegenheit geben, sich bei den in Betracht kommenden Landesbehörden zu unterrichten. Auch sind sie bereit, die Gutachten des Reichs- spartkommissars den beschließenden Körperschaften vor der Beschlußfassung zuzuleiten.

Mit der näheren Durchführung der in Betracht kommenden Fragen wird der zu I. 5 erwähnte Ausschuss betraut werden.

Das Ergebnis der Länderkonferenz ist also denkbar mager. Der deutschnationale Reichsjustizminister Hergt hatte recht, als er in seiner Schlussrede erklärte, daß die Konferenz keine Entlösung bringe. Er kennzeichnete aber zugleich das Lächerliche des ganzen Ergebnisses, wenn er bereits mit großen Tönen die Tatsache pries, daß Reich und Länder eine Verständigungsbereitschaft in Sachen Reichsverfassung und Finanzreform befunden hätten.

Dabei ist auch diese Selbstverständlichkeit noch nicht über allem Zweifel erhaben. Bazille, der Fraktionsfreund des Herrn Hergt hatte ja ziemlich unzweideutig erklärt, daß seine Leute lieber einen Weltbrand entfachen würden als Württemberg dem Reiche einordnen. Uns ist nicht bekannt, daß Bazille von diesen Versicherungen das geringste zurückgenommen hätte. Mit der Bereitschaft zur Verständigung scheint es jedenfalls nicht ganz so gut bestellt zu sein, wie es Herr Hergt meinte.

Die Reichsregierung betrachtet die Ergebnisse der Konferenz als Ausgangspunkt für weitere Arbeit. Da man sich aber in der Grundfrage „Unitarismus oder Föderalismus“ nicht einigen konnte, bleibt der Rahmen für sachliche Arbeit außerordentlich eng gezogen. Ein Verfassungsausschuß von 18 Reichs- und Landesvertretern und ein Finanzausschuß, dem außer dem Reichsfinanzministerium die Finanzminister Preußens, Badens, Hamburgs und Thüringens angehören, werden sich damit abgeben dürfen, die widerspruchsvollen Beschlüsse der Länderkonferenz in die Praxis überzuführen und einige kleine Teilreformen auf dem Gebiete der Verwaltung vorzuschlagen.

Zu einem solchen Ergebnis war das Aufgebot von den hundert Regierungsbeamten wirklich nicht erforderlich. Die Länderkonferenz vom Januar 1928 wird in der Geschichte der deutschen Verfassung eine gleiche Berühmtheit werden wie das Hornberger Schießen. Herr Hergt ist heute schon darüber glücklich, daß sie niemandem weh getan hat...

Spionageprozeß in London.

London, 18. Januar. (Eigenbericht.)

Der wegen Spionage für Rußland angeklagte 24jährige deutsche Staatsangehörige Hansen wurde am Mittwoch vom Oberrichter zu 10 Jahren Gefängnis und verschärfter zweijähriger Schwerearbeit verurteilt.

In seiner Schlussrede betonte der oberste Staatsanwalt, daß Hansen Mitglied einer weltverbreiteten Spionageorganisation gewesen sei. Leider sei es nicht möglich gewesen, alle an der Spionage für Rußland in England beteiligten Personen zu verhaften. Die Verhaftung des Angeklagten werde wohl die übrigen Mitglieder von weiterer Betätigung abhalten. Tatsächlicher Schaden sei durch die Spionagetätigkeit nicht entstanden. Hansen und ein mit ihm angeklagter Engländer Mac Carney, der zu der gleichen Strafe wie Hansen verurteilt wurde, haben während der ganzen Dauer der hinter verschlossenen Türen geführten Verhandlung ihre Schuld in jedem einzelnen Punkte bestritten.

Gegen Bazille!

Volksparteilicher Protest gegen deutschnationalen Reichsverrat.

„Eine Entgleisung, die die schärfste Zurückweisung verdient,“ nennt die „Kölnische Zeitung“ die Rede, die der deutschnationale Staatspräsident und Reichstagsabgeordnete Bazille auf der Berliner Länderkonferenz gehalten hat, und sie fährt fort:

„Dieser Demagogie wird vollends die Krone aufgesetzt, wenn der leitende Staatsmann eines deutschen Landes für den Fall, daß der Weg des Einheitsstaates beschritten werde, mit einer unmittelbaren Gefahr für den Bestand des Reiches zu drohen, ja sogar zu behaupten wagt: „So wie die Dinge in Europa liegen, kann dieses Spiel mit dem Feuer den ganzen Kontinent in Brand legen.“ Herr Bazille hat mit dieser Entgleisung zweifellos alle bisherigen partikularistischen Verirrungen überboten, zugleich aber auch den besten Beweis erbracht für die Notwendigkeit, die Selbstherrlichkeit der deutschen Länder zu begrenzen.

So geht das einfach nicht weiter;

und es ist noch gerade an der Zeit, daß derartigen Hemmungslösgen ein Ende gemacht wird. Die Württemberger, die allezeit gut deutsch waren und es auch heute sind, werden ihren Staatspräsidenten zur Ordnung rufen müssen.“

Das „Berliner Tageblatt“ meint dazu, die einzige Entschuldigung, die Herr Bazille geltend machen könnte, sei die, daß er von keinem Menschen mehr ernst genommen werde. Wir sind da anderer Meinung. Ein Mann, der von Deutschnationalen, Volkspartei und Zentrum als Reichstagsabgeordneter getragen wird, muß sehr ernst genommen werden, und das um so mehr, als die offizielle deutschnationale Korrespondenz sein reichsverräterisches Gebaren deckt.

Wenn der Staatspräsident Bazille, wie die „Köln. Ztg.“ meint, von den Württembergern zur Ordnung gerufen werden muß, so werden ja die volksparteilichen Abgeordneten des württembergischen Landtags dazu Gelegentlichkeit finden. Es gibt aber auch einen deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Bazille, für dessen Treiben die deutschnationale Partei verantwortlich ist und auch zur Verantwortung gezogen werden wird.

Für den Einheitsstaat!

Republikanische Reichsgründungsfeier.

Gestern Abend fand im Plenarsaal des früheren Herrenhauses eine Kundgebung des Deutschen Republikanischen Reichsbundes statt, die das Thema: „Für den nationalen deutschen Einheitsstaat“ trug. In der Einleitung führte Ministerialdirektor z. D. Dr. Spiecker aus, daß die Beratungen über die Neugliederung des Reiches in der Hauptsache auf die Arbeit der Republikaner zurückzuführen seien. Hierbei könne es gar nicht genug Konkurrenz geben, aber man müsse sich hüten vor denen, die unter dem Deckmantel nationaler Tätigkeit Winterarbeit an der Republik und dem Werke von Weimar trieben.

Staatsminister a. D. Drews, der Präsident des preussischen Oberverwaltungsgerichts, sagte einleitend, wie man die Vergangenheit ehren, müsse auch die Gegenwart geehrt werden. Die Schaffung der Verfassung von Weimar sei geradezu als eine Tat zu bezeichnen. Gemäß sei dadurch, daß die Spitze des Reiches die Spitze Preußens nicht mehr identisch seien, das Reich geschwächt worden. Preußen stelle trotzdem immer noch eine starke Macht dar, und nur dem Umstande, daß Preußen im Gegensatz zu anderen Ländern vernünftig genug gewesen sei, scharfe Konflikte mit dem Reich zu vermeiden, sei es zuzuschreiben, daß Deutschland vor Scherem bewahrt wurde. Wenn man sagen höre, daß Bismarcks Reich unter Wahrung der Interessen der süddeutschen Länder wiederhergestellt werden solle, so sei das ein Widerspruch. Sodann entwickelte Minister Drews einen Plan zur Neugliederung der Länder, der im wesentlichen darauf hinausläuft, dem Reich ohne reichseigenen Beamtenapparat die Befugnis zu verbindlichen Befehlen in den ihm zustehenden Verwaltungsgebieten zu gewähren, die Selbstverwaltung der Länder aber namentlich in Kulturfragen zu sichern. Dabei betonte Drews aber — genau wie Ministerpräsident Brauns in seiner Rede vom Montag —, daß die Eigenständigkeit der Stämme mit der gegenwärtigen Eigenstaatlichkeit sehr oft nichts zu tun habe.

Der Direktor der Hochschule für Politik, Ministerialrat Simons, begann mit der Feststellung, daß bei der Länderkonferenz für allzu große Optimismen, der Jahreszeit entsprechend, ein Keil in der Frühlingssnacht gefallen wäre. Er nennt hier nur die Namen Bazille, Held und Held-Sachsen, der sich im Partikularismus von seinem bayerischen Kollegen nur durch das „I“ am Schluss unterscheidet. Trotz allem glaube er nicht, daß die Konferenz ein Mißerfolg sei. Hätte doch selbst im Kompromiß festgestellt werden müssen, daß grundlegende Reformen in der Gliederung des Reiches notwendig seien. Dann aber hieße es: Vorwärts! Rückwärts von Weimar, — das sei ein tödlicher Traum! Bei dem Kampf um den Einheitsstaat könnten vielleicht zwanzig Männer ohne Namen mit Programm mehr bedeuten als zweihundert Männer ohne Programm. Im Kampfe gegen Weimar sei es eigenlich, daß grundsätzliche Verfassungsgegner gelegentlich als Verfassungsreformer auftreten. Unser Ziel sei die Einheitsrepublik auf der Grundlage der Volkssouveränität. Wenn wir die Verfassung vorwärts rücken wollen, dann soll diesmal der alte Militarismus recht haben: „Wenn der Vormarsch beginnt, wird links angetreten!“

Gefangensporträge der „Tropographia“ räumten die Rundgebung würdig ein.

Um das Kriegsschädengesetz.

Bürgerblutparteien gegen Bürgerblutminister.

Das Kriegsschädengesetz, mit dessen Beratung der 22. Ausschuss des Reichstages seit der vergangenen Woche beschäftigt ist, scheint für die Regierungsparteien eine neue Quelle fataler Unstimmigkeiten zu werden. Während die ersten Sitzungen des Ausschusses völlig ausgefüllt waren mit einer Anzahl von Vorträgen der verschiedenen Interessenten, Industrie- und Wiederbaubehörden, konnte am Mittwoch der Ausschuss endlich die Begründung des Gesetzes durch den Reichsfinanzminister Dr. Köhler entgegennehmen. Diese Einführung hatte einen reichlich ängstlichen Charakter. Dem Finanzminister war es natürlich nicht unbekannt geblieben, daß die Kapitalistens- und Gewerkschaftsberechtigten, namentlich aus den großen Wirtschaftsverbänden, gar

Die Länderkonferenz.



„Hier war wohl Kirchweih?“

„Keine Spur. Hier wurde die Einigung der deutschen Länder beraten!“

Linksregierung in Danzig.

Acht Sozialdemokraten im Senat. — Für Verständigung mit Polen und demokratische Verfassungsänderung.

Danzig, 18. Januar. (Eigenbericht.)

Der Danziger Volkstag vollzog am Mittwoch die Neuwahl der Mitglieder des parlamentarischen Senats. Da die neue Koalition, bestehend aus Sozialdemokratie, Zentrum und Liberalen mit 66 Stimmen von 120 über eine Mehrheit verfügt, ging die Wahl trotz der gemeinsamen Opposition der Deutschnationalen und Kommunisten glatt vor sich. Die Kommunisten konnten es sich nicht vertragen, in einer viel stärkeren ausbleibenden Erklärung dem neuen Senat ihre Opposition anzukündigen, weil er „eine Agentur des Völkerbundes zur Bekämpfung Sowjetrußlands“ darstelle. Sie traten demgegenüber für die Bildung einer „Arbeiter- und Bauernregierung“ ein. Das ist insofern nicht als blödsinnig, als das Votum in Danzig seine gesprochene Interessensvertretung in der Deutschnationalen Partei hat.

Es waren 14 Senatoren zu wählen, von denen 8 auf die Sozialdemokratie, 4 auf das Zentrum und 2 auf die liberale Gruppe entfielen. Zum Vizepräsidenten des Senats wurde Julius Gehl, der langjährige Führer der Danziger Sozialdemokratie, gewählt. Gehl hat dieses Amt bereits in der früheren Links-Koalition erfolgreich geführt. Da auch die polnische

Gruppe für die Kandidaten der Koalition stimmte, erhielten diese 69 Stimmen.

Ihr Programm wird die neue Regierung, zu der außer den 14 parlamentarischen Senatoren noch die bis zum Jahreschluss amtierenden 7 Beamten senatoren gehören, in der nächsten Woche dem Parlament vorlegen. Das Kernstück dieses Programms wird eine Erklärung zur Verständigung mit Polen und die Wendung der Verfassung zur Einführung des viersprachigen parlamentarischen Systems bilden.

Der neue Senat.

Zum stellvertretenden Vorsitzenden des Senats wurde der Abgeordnete Genosse Gehl mit 68 Stimmen der drei Koalitionsparteien von 78 abgegebenen Stimmen gewählt. Die übrigen Stimmen entfielen auf Kommunisten. Zu Senatoren wurden gewählt: Landgerichtsdirektor Dr. Kamnitzer (Soz.), Gewerkschaftssekretär Grünhagen (Soz.), Bürgermeister Keel (Soz.), Bürgermeister Kamnitzer (Soz.), Gewerkschaftssekretär Kresznicki (Soz.), Landgerichtsdirektor Dr. Jint (Soz.), Zimmerer Rehberg (Soz.), Metallgroßhändler Fuchs (Z.), Gewerkschaftssekretär Formell (Z.), Rechtsanwalt Kurowski (Z.), Defon Sawojki (Z.), Kaufmann Dewoski (Deutschnational), Kaufmann Siebenfreund (Deutschnational).

Woldemaras Antwort.

Offenkundiger Verschleppungsversuch.

Konow, 18. Januar.

Die litauische Telegraphenagentur veröffentlicht die folgende Erklärung über die polnische Note an Litauen und die litauische Antwort an Polen:

Der polnische Sonderkurier Larnowski überbrachte der litauischen Regierung ein Schreiben Jaleski, in dem vorgeschlagen wurde, in Verhandlungen über den Grenz- und Transitverkehr sowie über Post-, Telegraphen- und Eisenbahnverkehr zwischen Litauen und Polen einzutreten. Gleichzeitig teilte Jaleski mit, daß, wenn Woldemaras sich bereit erklären würde, persönlich an den Verhandlungen teilzunehmen, auch er den Verhandlungen beiwohnen würde.

Am 18. Januar überreichte Woldemaras dem Sonderkurier ein Antwortschreiben an die polnische Regierung. In diesem sehr ausführlichen Schreiben, welches u. a. auf die Besprechungen zwischen Woldemaras und Jaleski in Genf Bezug nimmt, wird zunächst festgestellt, daß Polen die in Genf übernommenen

Verpflichtungen nicht eingehalten

habe. Die aus dem Bialynagebiet ausgewiesenen Litauer hätten noch immer nicht nach ihrem Wohnort zurückkehren dürfen. Die litauischen Schulen seien nach wie vor geschlossen und die litauischen Priester befänden sich nach wie vor in Haft. Die Armee Pleischkalis, die litauische Militäruniformen trage, sei noch nicht aufgelöst. Weiter wird in der Note erklärt, daß Polen noch keine konkreten Vorschläge betreffs der Verhandlungen gemacht habe. Litauen dagegen betrachte als unabänderliche Vorbedingung für die Aufnahme der Verhandlungen die Aussprache über die Fragen, die sich aus der Liquidation des Kriegszustandes und

dem Handreich Jelligowski

ergäben. Sodann fragt Woldemaras Jaleski, ob Polen mit Litauen direkt oder unter Teilnahme eines Vertreters des Völkerbundes verhandeln wolle. Eine Abschrift dieser Note ist, wie verlautet, auch dem Völkerbund zugestellt worden.

Kemals heuter geht um. Türkisch-österreichisch wird aus Konstantinopel gemeldet: Drei Mitglieder einer unter Führung von Hadji Sami stehenden Tschirkeffensvereinigung, die von Samos nach Smarna gekommen waren, um türkischen Politikern in Angora nach dem Leben zu trachten, wurden gestern bei Tagesanbruch hier öffentlich gehängt.

Um das Schloßmuseum.

Das Kultusministerium zu den Angriffen des Prof. Schmitz.

Auf die auch von uns veröffentlichten Angriffe des Prof. Hermann Schmitz antwortet jetzt das Kultusministerium mit einer Erklärung, die darauf hinweist, daß Schmitz bisher tatsächlich weder aus dem Schloßmuseum noch aus dem Staatsdienst ausgeschlossen sei. Er habe zwar um seinen sofortigen Abschied und zugleich um Anweisung seiner Ruhegehaltsbezüge gebeten, doch konnte dieser Bitte nicht stattgegeben werden, weil eine Pensionierung nur im Falle der Dienstunfähigkeit gesetzlich zulässig sei. Um Prof. Schmitz die Entscheidung zu erleichtern, habe das Kultusministerium den ihm schon vorher auf seinen Antrag erteilten Urlaub bis zum 15. Januar verlängert. Prof. Schmitz habe aber weder seinen Dienst angetreten noch sich zu der Anfrage des Ministers geäußert. Unter diesen Umständen werde dem Kultusministerium nichts anderes übrig bleiben, als nach den für alle Beamten geltenden gesetzlichen Bestimmungen zu verfahren.

Diese amtliche Erklärung ist gewiß tadellos korrekt. Sie hat nur den einen Mangel, daß sie auf die Angriffe des Prof. Schmitz mit keinem Wort eingeht.

Die Menschenfallen in Charlottenburg.

Räumung der gefährdeten Wohnungen auf Veranlassung des Polizeipräsidenten. — Teilweise Sperrung der Hebbelstraße für Schwerverkehrsverkehr.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Polizeipräsident Jögel hat am gestrigen Mittwoch nach einer Besichtigung der gefährdeten Häuser in der Fritsche- und Hebbelstraße in Charlottenburg, insbesondere des Hauses Hebbelstraße 17 angeordnet, daß zunächst die beiden am meisten gefährdeten Wohnungen in der 3. und 4. Etage polizeilich geräumt werden. Außerdem verfügte der Polizeipräsident die Sperrung dieses Teiles der Hebbelstraße für den Verkehr mit Kraftfahrzeugen, durch den ständig Erschütterungen an den gefährdeten Häusern hervorgerufen werden.

Der Polizeipräsident besichtigte sämtliche Wohnungen und vor allem überzeugte er sich durch eigene Inaugenscheinnahme, inwieweit der gegenwärtige bauliche Zustand der Räume noch eine weitere Bewohnbarkeit verantwortl. erscheinen

es genüge, Platte in die Erde zu senken, und vielleicht hätten sie auch eine unklare Vorstellung von schwimmenden Häusern, die auf einem sonderbaren Floß zu errichten waren. Vielleicht sagten sie sich, daß, wenn Ozonröhre nicht untergeben, dann werden auch die Häuser bestehen bleiben. Immerhin, die ganze Arbeit erwies sich als ein schlechtes Geschäft: die völlig unzulänglichen Rammarbeiten erforderten dennoch einen Kostenaufwand, der die Baukosten zusammenbrechen ließ. Mit Ach und Krach wurden dann die Häuser gebaut. Selbstverständlich hatten die Unternehmer die Genehmigung der Baupolizei erhalten, die Fachleute dieser Behörde glaubten ebenfalls, es verantwortl. zu können, zu den hier zu errichtenden Bauten ihre Zustimmung zu geben. Soweit war alles gut. Alle Gutachten waren günstig, Baugenehmigungen waren erteilt, die Grundbücher in Ordnung, kurzum auf dem Papier war alles, was zu einem guten Bau gehört, beisammen.

Risse und Spalten.

Die Häuser fanden ihre Bewohner. Das war nicht verwunderlich: sie waren für jene Zeit komfortabel und anständig gebaut und machten einen vorzüglichen Eindruck. Unter den Kellern der Häuser aber tumelten die Geister der Tiefe, die Urgeister des Spreetals waren lebendig, sie zogen an den Pfählen, sie ließen sie tiefer sinken, andere packten sie an der Spitze und zogen an ihnen und zerrten, bis sie nicht mehr festhielt, sondern wackelt unter den Häusern lagen. Den Bewohnern wurde langsam zumute, als sie die Folgen des unterirdischen Treibens bemerkten. Leise, fast unmerklich, begannen die Häuser zu schwanken. Der eine Seitenschügel legte sich etwas nach rechts, der andere nach links, Türen ließen sich nicht mehr schließen, Fenster nicht mehr öffnen, aus hauchartigen Rissen wurden fließende Spalten, von der Decke rieselte Staub und Pak, nachts fielen Fußstübe auf die Schlafenden herunter, aus der Dunkelheit, sichtbar aus dem Nichts, kam dieses Bombardement. Die Teppiche, die Möbel, die Decken — alles ist ewig mit einem weichen Staub bedeckt, ein ständiges Geriesel von Decke und Wand! Die Bewohner pocht das Grauen, sie möchten heraus aus dem Unglücksbau. Täglich empfinden sie die Schräge des Fußbodens, die Reizung der Wände; mit Grauen sehen sie, wie aus den Rissen wahre Schluchten werden. Ihre Schreie um Hilfe dringen in die Öffentlichkeit.

Der Baumeister bleibt ungerührt.

Und wieder sind die Behörden in Lässigkeit. Sie geben jedoch nach dem Buchstaben des Gesetzes. Man prüft, man säßt neue Affen, und jedem Bureaustatist laßt das Herz im Weibe. Warum sollte es auch nicht: Keine Behörde ist im Grunde zuständig, eine beruft sich immer auf die andere, und wohnt sich die bedrängten Bewohner auch wenden, sie erreichen nur, daß sich die Affenscharke füllen und daß man mit mehr oder weniger Höflichkeit und Geduld ihre Klagen anhört. Endlich entschloß man sich auf das Anraten eines klugen Baumeisters, etwas Grundlegendes zu tun. Vor etwa einem halben Jahre begann dieser Baumeister, ein ausgezeichneter Spezialist für Häuser, die auf schwankendem Grunde gebaut wurden, keine Maßnahmen zu treffen. Er besuchte die Mieter, besah sich die Risse in den Wohnungen, betrachtete die schiefen Fußböden, die schrägen Wände und erklärte dann lachend, daß er alles in Ordnung bringen werde. Schächte wurden in den Boden getrieben, die Seitenschügel, die sich geneigt hatten, wurden durch schwere Balken abgestützt, über den Hof hinweg wurden Verankerungen gebohrt. Das Haus Hebbelstraße 17/18 bekam das Aussehen einer Ruine, deren kümmerliche Reste mühselig erhalten werden. Wenn die Bewohner nun glaubten, daß es jetzt besser würde, so war das ein Irrtum. Das Geriesel von Decken und Wänden wurde ärger, die Wände entfernten sich mehr denn je voneinander, man hat das zweifelhafte Vergnügen, von einem Stockwerk ins andere klettern zu können, elektrische Leitungen werden hinfällig, an den Gasleitungen zerrt das Rauerwerk; die Gaswerke sperren die Gasbelieferung ab, die Wohnungen werden zu wahren Höhlenquartieren. Der kluge Baumeister aber ist in seine Idee verkehrt, er gibt nichts auf die Klagen und Beobachtungen der Mieter, und allen Behörden erklärt er, daß er „bis heute“ die Verantwortung für das Gebäude übernehmen könne. Wohlgerne: nur bis heute. Wer aber übernimmt die Verantwort-

Wenn ein Ofen geheizt wird, sind alle Wohnungen von Kohlenoxydgas erfüllt, aber die Gesundheitspolizei hat hierin noch „keine direkte“ Gefahr erblickt können, sie stützt sich auf das Gutachten des klugen Baumeisters, der „bis heute“ für die Sicherheit des Gebäudes garantiert. Wenn schwere Wagen die Straße passieren, dann schwingen alle Möbel und man befürchtet in jedem Augenblick die Katastrophe!



So sieht es im Innern der Wohnungen aus.

Das Bezirksamt steht auf Seiten der Mieter. Es gibt sich alle erdenkliche Mühe, für alle diejenigen, die ausziehen wollen, neue Wohnungen zu beschaffen. Wir wollen hoffen, daß diese Bemühungen bald Erfolg haben. Natürlich müssen hier die Bewohner mit gewissen Schereorien rechnen, falls sie ohne Einhaltung ihres Mietkontraktes ziehen wollen. Und der Hauswirt wird versuchen, an Kapital zu retten, was zu retten ist. In normalen Zeiten stände kein Haus längst leer und verlassen, es gäbe für ihn nur eine Möglichkeit, es auf Abbruch zu verkaufen. Die Wohnungsnot hat hier geradezu paradoxe Zustände erzeugt, Zustände, die auf die Dauer nicht mehr haltbar sind. Das Haus Hebbelstraße 17/18 ist am meisten mitgenommen. Ein ständiger Strom von Besuchern staut auf den Hof, der eher einer Baugrube gleicht. Niemand hält es für möglich, daß in dieser Ruine noch Menschen wohnen. Man hört oft genug die Äußerung, daß die Behörden sicherlich bereit wären, Beerdigungs- und Umzugskosten zu übernehmen, wenn ein Zusammenstoß der Ruine Opfern fordern würde. Wäre es nicht besser, vorzugehen zu wirken? Güter Wille läßt zweifellos neue Quartiere finden. Das Vernünftigste wäre, das ganze Viertel abzureißen und hier eine Grünanlage zu schaffen. Die mietrechtlichen Fragen wären durch einwandfreie Gutachten der zuständigen Behörden schnell zu lösen. Man darf nicht vergessen, daß es sich in erster Linie um Menschenleben und dann erst um Geldsummen handelt.

Wo blieb die Aufsichtsbehörde?

Von einem Einwohner erhalten wir aus Charlottenburg eine Zuschrift, der wir folgendes entnehmen:
Wer den Zustand der Häuser aus eigener Anschauung kennt, wundert sich darüber, daß die Baupolizei nicht schon früher die sofortige Räumung verfügt hat. Die Einwohner schweben buchstäblich Tag und Nacht in Lebensgefahr, jedenfalls ist kaum ein Unterschied festzustellen zwischen dem Zustand des durch die Explosion eingestürzten Hauses in der Landsberger Allee und den Häusern in der Hebbelstraße. Dort ordnete die Baupolizei erzwungenermaßen die sofortige Räumung an, in Charlottenburg aber schweben die Bewohner ständig zwischen Himmel und Erde. Wenn jemand einen Schaufstapel, ein Firmenschild oder die geringfügigste Veränderung an einem Hause vornehmen will, hat er umfangreiche Schereorien mit der Baupolizei zu bestehen. Schaufstapel und Firmenschildes dürfen ein ganz bestimmtes Maß nicht überschreiten, weil sich nach der Reinigung der Baupolizei sonst jemand den Kopf eintrennen könnte. Sobald der für ein Grundstück bestimmte zu umbauende Raum wirklich bebaut ist, darf auch nicht ein Balken mehr aufgestellt werden. In Charlottenburg aber behält sich die Baupolizei mit den sonderbarsten Rettungsmahnahmen. Die vielen Tausende von Wirt, die man bisher schon zur „Erhaltung“ der Häuser aufgewandt hat, hätten besser dazu Verwendung gefunden, den Mietern Entschädigungen zu zahlen und sie in anderen Häusern unterzubringen. In Kolonnen finden doch die Bewohner zu räumender Häuser zum Glück immer noch neue Unterkunft, wie das bei den abgerissenen Häusern am Alexander- und Hermannplatz und am Rotbushor auch der Fall war. Mit den in Charlottenburg angewandten Methoden hilft man lediglich den Priotheatsbesitzern und den dahinterstehenden Banken ihr Eigentum erhalten. Merkwürdig ist überhaupt, daß vor dem Kriege dieses Sumpfgelände zur Bebauung freigegeben wurde. Man hat aber gewissen Bauunternehmern sorglos die Genehmigung erteilt, auf dem vorhandenen Sumpf- und Moorboden Häuser zu errichten, ohne daß diese Rücksicht darauf nahmen, wie lange die Häuser bewohnbar bleiben werden. Jetzt hat die Stadt und damit die Allgemeinheit den Schaden zu tragen.

Eine schöne Feier war die Bannerweihe der 23. Abteilung in den Barbarosälen. Für den erkrankten Genossen Veld hielt Genosse Künstler die Beerdigung. In flammenden Worten wies er auf die kommenden Wahlen hin, auf das Wahlfeld der Arbeiterklasse. Alles müsse daran gesetzt werden, den Bürgerblock zu beteiligen. Erwidert müsse er werden, nicht nur für die nächste Legislaturperiode, sondern für immer. Aus dem Wahlkampf sollen, schloß er, unsere Banner siegreich hervorgehen. Dann fiel von dem Banner der 23. Abteilung die Hülle. Stürmisch begrüßten die Genossen und Genossinnen das Kampspanier. Die Feier wurde von künstlerischen Darbietungen umrahmt, bei denen u. a. Genossin Lange mit Vorträgen revolutionärer Dichtungen, der Reinoldische Männerchor und eine Mädchen-Gruppe der Freien Turnerschaft mitwirkten. Der Abend brachte Aufnahmen neuer Mitglieder aus den an der Feier teilnehmenden Gassen.



Die Wüstenei auf dem Hofe Hebbelstr. 17/18.

lasse. Die Mieter gaben ihrer Freude Ausdruck, daß der Polizeipräsident persönlich eingreife und möchten ihn auf die hauptsächlichsten Schäden aufmerksam machen, wobei sie die Bitte aussprachen, daß endlich dem unerträglichen Zustande ein Ende gemacht und für Abhilfe gesorgt werde. Die Ausführungen der Mieter wurden dadurch auf das Nachhaltigste unterstützt, daß während der Besichtigung der oberen Räume durch den Polizeipräsidenten sich plötzlich ein großes Stück des Deckenputzes löste und herunterfiel, so daß die Bewohner dem Polizeipräsidenten vor Augen führen konnten, welche Gefahr das Wohnen in diesem Hause bedeutet. Während der Polizeipräsident erkennen ließ, daß den Mietern dieser Räume ein längerer Wohnen in dem Hause nicht zugemutet werden könne, vertrat Oberbaurat Fischer nach wie vor den Standpunkt, daß das Loslösen des Stücks nicht auf die Fundamentstörungen, sondern auf die schlechte Beschaffenheit der Balkenkonstruktion zurückzuführen sei und keine akute Gefahr für die Mieter vorliege. Die bedrohten Häuser befinden sich im übrigen nicht in städtischen, sondern in Privatbesitz und die Baupolizei hat eingegriffen, weil es dem Hausbesitzer nicht möglich ist, die hohen Kosten für die Rekonstruktionsarbeiten infolge des niedrigen Mietspreises aufzubringen. Durch die Mahnung des Polizeipräsidenten brauchen die von der Räumung betroffenen Mieter, denen vom Wohnungsamt neue Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden müssen, nicht mehr, wie sonst, die Miets- und zum Ablauf des Mietsvertrages zu zahlen. Auf dem Charlottenburger Wohnungsamt erschien im Laufe des Tages eine Deputation der Mieter, die sich ebenfalls dafür einsetzte, daß den Bewohnern der Häuser Hebbelstraße 17/18 alsbald neue Wohnungen zugewiesen werden.

Diese wie Menschenfallen anmutenden Häuser im Bezirk Charlottenburg stehen auf Moorgrund, sie schwammen auf der trägen Masse, sie schwanken, sie drohen einzustürzen. Die Lücke der Spree, deren Lauf hier vor uralten Zeiten einen anderen Weg zur Hand fand als heute, macht sich jetzt nach Jahrtausenden bemerkbar. Der fließende Arm der Spree verlandete, Seen blieben zurück und keine Teiche. Salmstiensee, Grünwaldsee kennzeichnen noch heute den alten Lauf der Spree. Und vor zwanzig Jahren ließ übermüdete Jugend noch auf dem Karpfenfeld in der Gegend der heutigen Hebbelstraße Schlammfische. Wo einst Bächen, fröhliches Treiben, Jugendübermut beieinander waren, sind heute Verwüstung, Empörung und Furcht vor dem nächsten Tag getreten.

Fahrlässigkeit.

Berlin dehnte sich, die Vorstädte mußten und immer schmaler wurde der freie Raum der Feldmarkung, der die dicht zusammenliegenden Dörfer und Städte voneinander trennte. Feld und Wald wurden kostbarer Baugrund, dessen Wert in dem Maße sich steigerte, als neue Verkehrsmittel auf besseren Verkehrswegen die Vororte und Berge miteinander verbanden. In dieser Zeit bekam auch der minderwertigste Boden seine Bedeutung. Und konnte es schlechteren Boden geben als den Morast, der sich um den Karpfenfeld herum und an seiner Stelle selbst gebildet hatte? So fanden sich denn auch Bauherren, die da glaubten, daß man auf so schwankendem Boden Großstadthäuser errichten könne. Eines Tages rüdten Arbeiterkolonnen heran, Rammern wurden herbeigeholt und Tausende von Pfählen fanden den Weg in die Tiefe des Moorbodens. Die Bewohner der Umgegend, von denen die meisten keine Fachleute waren, kamen aus dem Staunen nicht heraus. Sie sahen, wie unter den wuchtigen Schlägen der Rammbohren die Pfähle geradezu in die Tiefe fielen. Selbst wenn so ein Pfahl noch etwa einen Meter über der moorigen Fläche herausragte, förderte jeder Schlag ihn noch um 20-25 Zentimeter. Ein Beweis dafür, daß die Spitze des Pfahles noch keinen festen Boden gefunden hatte. Ein Pfahl, der festen Grund getroffen hat, zittert und schwingt unter den letzten Schlägen der schweren Rammern. Aber die Fachleute glaubten, daß



Eiserne I-Stützen haben sich unter dem Druck der sinkenden Häuser wie Drähte gebogen.

lung, wenn das Gebäude morgen zusammenstürzt? Jene Menschen, die das Fundament begutachteten und den Hausbau zusehen, waren auch Fachleute, und sie hatten sich geirrt. Auch sie können „bis heute“ die Verantwortung für ihre Arbeit übernehmen, denn als heute ist noch kein Haus eingestürzt. Aber morgen wird vielleicht irgend jemand „zufällig“ von herunterfallendem Balken oder von einer einstürzenden Decke erschlagen. Gestern kürzte eine riesige Pahlmenge in einer Wohnung im dritten Stock gerade in dem Augenblick herunter, als ein kleines Kind die Stelle passiert hatte. Zufall, daß der Kleine nicht erschlagen wurde, Zufall auch, daß eine alte Frau in dieser Wohnung durch herabstürzenden Fuß „nur“ blaue Flecken und einen furchigen Schreck davon trug. Der Aufenthalt in der Wohnung, die nicht mehr zu säubern ist, wird zu einer ewigen ständiger Baumruhmung. Die Herren der Mieter sind bis zum äußersten gespannt; sie fürchten jeden Tag die hereinbrechende Katastrophe.

Wann endlich?

Endlose Verzögerung der Wohnungsbau-Anleihe.

Die Beratungskommission für Auslandsanleihen hat nach einer halbjährigen Beratung ihre Beratung wieder aufgenommen. Das Stadium der „Erhebungen“ ist beendet. Es beginnt nach der halbamtlichen Mitteilung nunmehr das Stadium der „Berichte“. An eine Beratung der vorliegenden Anleiheprojekte ist — wieder nach der halbamtlichen Mitteilung — zunächst nicht gedacht. Die Beratungskommission hat Zeit!

Herr Dr. Schacht und seine Beratungskommission aber wissen, daß die Städte keine Zeit mehr haben, daß insbesondere Berlin keine Zeit mehr hat. Seit drei Monaten liegt der Antrag auf Genehmigung der 150-Millionen-Anleihe für den Bau billiger Kleinwohnungen bei der Beratungskommission (neben dem Antrag der 120-Millionen-Anleihe für den Bedarf der städtischen Werke). Unmittelbar nachdem das 8000-Wohnungs-Projekt in seiner ursprünglichen Form wegen der zu hohen Mieten mit den Stimmen der Sozialdemokratie abgelehnt war, hat der Magistrat ein neues Projekt ausarbeiten lassen. Es fußt auf einer von der Stadt aufzunehmenden Anleihe, weil ein anderer Weg zu reichlich billigem Wohnungsbau nicht vorhanden ist. Der Antrag auf Genehmigung dieser Anleihe ist sofort eingereicht worden. Er ist bisher noch nicht einmal beraten!

Die Taktik der Beratungskommission bedeutet also praktisch nichts anderes als eine Sabotage des Wohnungsbaus auf der von den städtischen Körperschaften als zweckmäßig erachteten Grundlage. Kann man es den breitesten Schichten der Bevölkerung verargen, wenn sie den Verdacht haben, daß diese Taktik im Interesse privatrechtlicher Spekulation verfolgt wird? Daß es ganz offen ausgesprochen wird, die Beratungskommission wolle die Stadt wieder auf den Weg des Wohnungsbaus mit privatem Kapital zurückdrängen?

Drei Monate sind seit dem Antrag ins Land gegangen. Berlin wartet. Die Berliner Wohnungslosen warten. Eine Entscheidung ist nicht getroffen. Und dabei sind die Vorarbeiten so weit gediehen, daß unmittelbar nach der Entscheidung mit dem Bau begonnen werden könnte. Die in Betracht kommenden Magistratsstellen unter Leitung der Genossen Dr. Wagner und Buhst, haben Gesamtplan und Detailprojekte fertig und fertig liegen. So, inzwischen ist bereits auch das Normalprogramm für 1928 in den Grundzügen fertig. Auch hier wird eine sehr wesentliche Erhöhung der Zahl der zu errichtenden Wohnungen in Aussicht genommen. Gerade die Vertreter der Sozialdemokratie haben sich auf das entschiedenste dafür eingesetzt. Aber auch hier kommen wir ohne Anleihehilfen nicht weiter. Wir brauchen — selbst wenn die ersten Hypotheken auf dem Inlandsmarkt beschafft werden können — Zuschussmittel für den größten Teil dieser Bauten, um sie den Mindereinkommenden zugänglich machen zu können. Es wird eine weitere Anleihe von 40 bis 50 Millionen erforderlich sein. Hat es einen Zweck, solch einen Antrag zu stellen? Wird die Beratungskommission auch diesen Antrag „auf Lager“ legen, bis die Zeit zum Anfang des Bauens im Frühjahr vorüber ist?

Uns will scheinen, daß die Geduld der Stadt und der Bevölkerung auch einmal ein Ende haben kann, ein Ende haben muß. Und der Druck der öffentlichen Meinung, der immer wiederholte Anspruch auf das Recht der Wohnung und des Wohnbaus für die Wohnungslosen mußte doch auch eine so „erbabene“ Körperschaft wie die Beratungskommission schließlich klein kriegen. Wir jedenfalls werden es an diesem Druck nicht fehlen lassen, wir werden immer wieder diejenigen für die Verzögerung des Berliner Wohnungsbaus vor der Öffentlichkeit verantwortlich machen, die tatsächlich die Verantwortung dafür tragen.

Der städtische Etat.

Zweite Lesung vom Magistrat verabschiedet.

Der Magistrat hat gestern nach mehrstündigen Verhandlungen mit den Bürgermeistern der Bezirke den Haushaltsplan für 1928 in zweiter Lesung verabschiedet.

Die Vertreter der Bezirke beklagten die ungeheuren Abstriche, die überall vorgenommen sind, und die auf zahlreichen Gebieten (z. B. Straßen- und Brückenbauten, Schulbauten, Krankenanstalten, Sozialhygiene) vielfach die Grenze des Tragbaren überschritten. Trotz aller dieser Einschränkungen übersteigen die Ausgaben die Einnahmen noch um rund 50 Millionen Mark, für die eine Deckung ohne Erhöhung der städtischen Steuern oder Tarife nicht möglich ist. Eine Erhöhung der städtischen Tarife hielt der Magistrat zurzeit nicht für tragbar. Zum Ausgleich des Haushaltsüberschusses wäre die Erhöhung der Gewerbesteuer von 125 Proz. auf 600 Proz. und der Grundsteuer von 200 Proz. auf 250 Proz. notwendig. Der Magistrat hat aber davon Abstand genommen, der Stadtverordnetenversammlung bereits diese Steuererhöhungen vorzuschlagen, war vielmehr

der Auffassung, daß die Entschelbung hierüber erst lassen kann, nachdem die schwelgenden Finanzausgleichsfragen entschieden sind. Die im Zusammenhang mit der Besoldungsreform von den Ländern und dem Reichsrat geforderte Erhöhung des Länderanteils an der Einkommensteuer, die beim Landtag beantragte Erhöhung des Gemeindeanteils und Änderung der relativen Garantie bei der Einkommensteuer, die beantragte Änderung der Verteilung bei der Hauszinssteuer und Kraftfahrzeugsteuer sind in ihrer finanziellen Auswirkung so unangehener Tragweite für Berlin, daß, wenn alle diese Probleme bis zum neuen Rechnungsjahr eine gerechte Lösung finden würden, der Höchstbetrag zum größten Teil verschwinden würde, so daß Steuererhöhungen dann in dem Ausmaße, im günstigsten Falle vielleicht ganz vermieden werden könnten.

Angefaßt dieser überaus schwierigen Lage hat der Magistrat beschloffen, den Haushalt mit dem bestehenden Höchstbetrag von 50 Millionen der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen und die Entscheidung über Steuererhöhungen erst zu beantragen, nachdem sich die endgültige Gestaltung des Finanzausgleichs für 1928 übersehen läßt.

Ein „Kinderfreund“ verhaftet.

Wieder ein Knabe verschwunden.

Bei den Nachforschungen nach der vermißten Schülerin Elli Reinfeldt wurde die Kriminalpolizei u. a. auch auf einen gefährlichen Menschen aufmerksam gemacht, der sich wiederholt Kindern und jungen Mädchen in unstilliger Weise genähert hatte. Es handelt sich um einen 30 Jahre alten Privatkaufmann Karl Rose, der als Untermieter in dem Hause Courbierestraße 4 wohnt.

Als gestern die Beamten in seiner Behausung erschienen, empfing Rose sie mit den Worten: „Sie wollen mich gewiß wegen der Elli-Reinfeldt-Sache festnehmen.“ Lehnliche Äußerungen hatte er schon vorher Bekannten gegenüber fallen lassen. Im vergangenen Jahre näherte er sich zur Zeit der Pfingstferien in Charlottenburg kleinen Mädchen, lud sie zu einer Spazierfahrt in den Grünwald ein und vergriff sich unterwegs an den Kindern. Rose hat auf seiner Stellung lange ausgehalten, fast immer wechselte er seinen Wohnort nach wenigen Tagen. Zuweilen hat er auch Kinder in die Garage gelockt und sie hier in schändlicher Weise verprügelt. Ob er in der Tat bei dem Verschwinden der Elli Reinfeldt die Hand im Spiele gehabt hat, wird noch genau untersucht werden. Rose wurde im Gewahrsam gehalten. Über seinen Umgang und sein Treiben irgendwelche Mitteilungen machen kann, wird dringend ersucht, sich umgehend bei der Nordkommission Trettnigg im Polizeipräsidium zu melden.

Während die Untersuchungen nach dem Verbleib der kleinen Elli Reinfeldt noch andauern, wird die Polizei von dem Verschwinden eines Knaben benachrichtigt. Seit Montag mittag ist das 2 1/2 Jahre alte Söhnchen Fredy des Ingenieurs Kurze aus der Birkenstraße 19 zu Jörsselde bei Tegeler verschwunden. Der Kleine, das jüngste Kind des Ehepaares, pflegte jeden Mittag seine ältere Schwester bei ihrer Rückkehr aus der Schule gegen 12 Uhr vor dem Hause zu erwarten. Auch am Montag ging er zu diesem Zwecke um 11 1/2 Uhr wieder hinaus. Die Schwester kam jetzt eine Viertelstunde später, etwa um 12 1/2 Uhr, heim, und wunderte sich, den Kleinen nicht draußen zu finden. Auf ihre Frage, wo denn der Junge sei, sah man gleich nach, fand ihn aber in der ganzen Umgebung des Hauses nicht. Sofort forschte man weiter. Alles Suchen aber blieb vergeblich. Es wurden Beamte ausgesandt, die fünf Suchhunderte der Kriminalpolizei anführten. Sie fanden jetzt eine Spur, die bis zur Endhaltestelle der Straßenbahnlinie 28 führte, dort aber verloren ging. Eine neue ist bisher nicht gefunden. Auch die Nachfragen bei der Straßenbahn haben noch zu keinem Ergebnis geführt. Fredy Kurze trägt einen blauen gemusterten Samtkittel, eine graue Hose, schwarze Strümpfe, eine Schürze mit Figuren und Borte und blaue Kamaschschuhe. Der Rechtswasserfaher ist in Kenntnis gesetzt worden und hat seinerseits die Nachforschungen aufgenommen, die zur Stunde noch andauern.

Beim Plätten tödlich verunglückt.

Eine fürchterliche Entdeckung machte gestern nachmittag der Lehrer Köppen, als er gegen 14 Uhr nach Schulschluß in seine im Hause Herfurthstr. 7 in Dohlem gelegene Wohnung heimkehrte. In der mit Leuchtgas öftig erfüllten Küche fand er seine 42jährige Frau Elisabeth am Fußboden liegend bewußtlos auf. Mehrere Ärzte und die zu Hilfe gerufene Feuerwehr versuchten längere Zeit vergebens, die Frau ins Leben zurückzurufen. Nach dem angestellten polizeilichen Ermittlungen ist Frau K. das Opfer eines Unglücksfalls geworden. Sie war am Nachmittag in der Küche mit Plättarbeiten beschäftigt, wozu sie eine Gasplatte verwendete. Infolge eines Schwächeanfalls stürzte sie plötzlich zu Boden und rief dabei den Gasflüß ab. Die austretenden Gase mißten schon nach kurzer Zeit ihren Tod herbeiführen haben. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt.

Die Technische Hochschule in Charlottenburg feierte gestern im Lichthof ihres Hauptgebäudes den Tag der Reichsgründung. Nach Vorträgen der akademischen Orchestervereinigung und nach dem Einzug der Fahnen hielt der derzeitige Rektor Geh. Reg.-Rat Professor Boos den Festvortrag: „Unsere Eisenbahnruppen

im Kriege“. In Beginn seines Vortrages wies der Referent auf die Bedeutung des 18. Januar hin. Das wichtigste Ereignis dieses Tages seien ihm nicht etwa die Tatsache der Reichsgründung zu sein, sondern die Kaiserwahl. Im Vortrag selbst gab der Referent, unterstützt durch Lichtbilder, eine Darstellung, wie die Eisenbahnruppen während des Krieges ihren aufopferungsvollen Dienst versehen mußten. Die Hochschule hatte auf ihrem Hauptgebäude die Reichs- und die Preußenfahne gehißt.

Berliner „Hochbetrieb“.

Rheinischer Wein, bayerisches Bier und amerikanischer Jazz überall, an allen Ecken und Enden der Stadt, winkt und leuchtet und tütelt und brüllt es. Ein Riesenrekamfeldzug zur Hebung Berliner Umfrögeleiste. Und das Heer der geschickten Regisseure, Dekorateurs und Entreprenuers versteht es, aus all den galligen, grümligen, alltagszertrampelten Gemütern für ein paar Nachstunden wenigstens eine Horde von Gemüthlichen zu schaffen. Wenns auch nicht von Herzen kommt, aber sie brüllen und tanzen und laufen jedenfalls wie die Besessenen. Die Tanzmusik, uns bereits seit einigen Jahren zwangswelch eingeeignet, trägt natürlich nicht zum wenigsten dazu bei, daß der sogenannte tarnealistiche Freudentanz (für die Arbeitsstadt Berlin ein vager Begriff) die höchsten Höhen erklimmt. In diesen frohen Wochen ergießt sich der ungeheure Strom der Tanzbesessenen aller Jahrgänge und Gesellschaftsschichten, männlichen wie weiblichen Geschlechts, in alle verfügbaren Säle und Hallen. Und das Wochenende bietet jetzt freis eine besonders reiche Auswahl solcher Massenamusements. In der Hasehede tanzt man beim Bobbierrummel um den gebrotenen Riesenbach, im Zoo, im Sportpalast, im Junthaus, überall herrscht Hochbetrieb. Man geht nicht mit Freikarten oder sonstigen Eintrittsvergünstigungen, „Raffauer“ fallen in der großen Menge ebenfalls nicht unangenehm auf und überall erkumt man irgendwelche zugräftige Ueberraschungen, damit es ihrer recht, recht viele werden. Schönheitsbewerbest für Damen sind augenblicklich große Mode (Altersstufe unbegrenzt), folglich zieht es auch genügend. Bekanntlich gibt es ja heute unter dem weiblichen Geschlecht nur „Junge“: Bubikopf, schlante Linie, kurzes Röckchen, bemalte Lippen, die bei gnädigem Compensiert leicht zu Täuschungen führt, alles da. Also auf zur Polonade der Kandidatinnen um den Schönheitspreis. Oder es wird, wie jüngst beim Kostümfest der Artisten im Sportpalast, das schönste Kostüm prämiert. All die Varieteflars größeren und kleineren Formats und vor allem die vielen, vielen Anwärterinnen auf diesen Beruf mit der glänzenden Vorderfront und der elendsverzerrten Rückseite waren erschienen. Meist in ganz großer Toilette, d. h. so gut wie ausgezogen, im „schlichten Arbeitskleid“ ihrer abendlichen Berufsstätte. Daneben gab es aber auch wirklich originelle Kostüme, die die Verwendung von Stoffmaterial nicht scheuten. Auch hier winkten der glücklichen Gewinnerin zehn Hundertmarkcheine, bar auf die Hand gezählt. Zur gleichen Zeit drehten sich in den Zoo-Sälen die Kollegen vom Theater im trohen Reigen. Hier war es der Ball der Prominenten, der die künstlerische Elite einberufen hatte. Auch wieder Prämierung, auch großer Rummel, Stimmung, Stimmung, Stimmung. Kurz, jeder Saal und jedes Sälehen, ob Norden, Westen, Süden oder Osten, wird zum fröhlichen Lummelplatz einer mehr oder minder künstlich animierten Menschheit. Auch die Lustigkeit kann zur Massenphosphor gelteigert werden und die „Lust-Stimmung“ gehört einmal zur Ballerpoche. Wer fragt, ob mit oder ohne Grund? So leben wir, so leben wir, talenbarlich festgelegt, nach soundsovieler Tage und dann kommt der große Schluckfaktor und die Rückkehr ins Gewöhnliche.

Selbstmord durch Strichn. Die 24jährige Verkäuferin Margarete Laurent aus der Karlstraße 4 hat sich gestern in einem Hotel in der Mittelstraße mit Strichn vergiftet. Anstelle des Hotels wurden durch Baute, die aus dem Zimmer drangen, aufmerksam und öffneten gewollt die von ihnen verriegelte Tür. Auf dem Sofa wurde das Mädchen bewußtlos aufgefunden. Man schaffte die Selbstmörderin in die Universitätsklinik in der Biegelstraße, wo die Vergiftung eine schwere Strichnvergiftung feststellte. Im Laufe des Nachmittags trat der Tod ein. Die Gründe zur Tat sind noch unbekannt.

Seinen 60. Geburtstag feiert heute Genosse Hermann Zeitlich, Berlin-Schöneberg, Sedanstr. 60. Schon mit 20 Jahren trat er der Partei bei und zählt zu den Mitbegründern des Arbeitergefangenenvereins „Rote Kelle“.

Typhuserkrankungen im Kreise Alfeld.

In Daingen (Hannover) sind 16 Personen an Typhus erkrankt, die ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Die Erkrankten bezogen ihr Wasser aus einem gemeinsamen Brunnen. Von den Behörden sind die notwendigen Isolierungsmassnahmen durchgeführt worden. Die Krankheitsfälle verlaufen im allgemeinen leicht, nur ein Fall gibt zu Bedenken Anlaß.

Weiterbericht der öffentlichen Wetterbeobachtungsstelle Berlin und Umgebung (Nachr. verb.). Um 10 Uhr Beobachtungsbahn und Temperaturabgang bis unter den Gefrierpunkt. Keine oder nur unbedeutende Schneefälle. — Für Deutschland: Am Freitag vereinigte Nebelwälder, sonst meist trocken, frisch der West leichter, in Ostpreußen härterer Frost.

Zement.

Roman von Fjodor Dostow.

Es war kalt. Von den Bergen blies ein Nordost, und die Luft zwischen den Bergen und dem Meer war ungewöhnlich durchsichtig, und die Bläue des Himmels mit Sonne durchtränkt. In der Bucht wälzten sich aus unsichtbaren Schlünden zerrissene, riesengroße Wolken heraus. Ueber der Stadt teilten sie sich in Fegen und schwannten in feinen Bündeln zu den braunen, fernen Berggründen hin. Dort, hinter der Stadt, auf den Bergen, verdichtete sich fröstelnd ein Herbstnebel, und die Berggipfel waren von Wolken verschleiert, die aus den waldigen Schluchten und steinigen Abhängen heraufstiegen. Feuerfächeln loderten auf den Bergen und flogen die Abhänge hinunter, erloschen in den Schluchten und stammten in den Kalkabgründen wieder auf. Hier, zwischen den Bergen und der Stadt, über den Buchten, ist das Blau durchsichtig und hell, und die Berge sind wie aus Kristall. Und das Werk, mit den gigantischen Quadratlöden seiner Bauten, den rauhlosen Schlotten, die wie Pfeiler sich in die Höhe bäumen, mit den durchsichtig aus Eisenstäben geflochtenen Türmen und den geschwungenen Bogen der Drahtseilbahn — war wunderbar blau. Und die dichten, blendendweißen Schneehaufen der Wolken rollten über die Schluchten, tobten über die Berggründen und schmolzen in den Höhlen, in den Steinbrüchen, in der Sonne. Das Meer dampfte im Sturm, war wie mit Schnee bedeckt, schien ein uferloser Fluß zu sein, ohne Wellen brodelte es, und spritzte Schaum. Und zwischen der Bucht und den Landungsbrücken und beim Quai stammten regenbogenfarbene Streifen in der Luft auf. Und an die mächtig massiven Betonmauern des Hafens prallten turmhohle Wellen an, flogen wie Wasserhosen in die Höhe und peitschten einen grauen Regen in die Stadt, auf die Häuser, in die herblich-röthliche Trübe.

Wie immer ging Sergej auf dem Fußweg am Ufer mit

hohem Kopf, und seine Locken flatterten wie ein Blied und schlugen über seine Wangen und seine Stäke. Der Wind trug ihn heulend und pfeifend (es klang wie das Gebrüll einer tausendköpfigen Menschenmenge) der Stadt zu. Und Sergej ging leicht, ohne Anstrengung, ohne Schwere in den Beinen. Einzelne Menschen kamen ihm entgegen, gebückt unter der Schwere des Sturmes, und er sah nicht ihre Gesichter, sondern die zerdrückten Mühen und die in warmen Dächern fest eingebundenen Köpfe der Welber.

Neben den Steinmauern des Quais flogen türkische Fesluten rasch vorbei, und Fischerboote zeichneten sich mit ihren Masten scharf in der Luft ab.

Schidki hat auf seine Worte gewartet, und er hat nichts gesagt. Wozu ist er eigentlich ins Parteikomitee gegangen, wo er doch in die Verwaltung für politische Erziehung, in die Bibliothekskommission zu gehen hatte? Jetzt erinnert er sich . . . der Vater ist nicht mehr in der Bibliothek, wo er jetzt ist — weiß er nicht. Weroischka hatte ihn, Sergej, unlängst aufgesucht, und als sie zu ihm sprach, zitterte sie und wandte ihre durch Tränen schimmernden Augen nicht von ihm ab.

„Sergej Iwanowitsch! . . . Iwan Arsenjitsch . . . Es geht ihm so gut! . . . Er ist so wunderbar! . . . Aber er hat befohlen . . . er ist krank, Sergej Iwanowitsch . . . und er hat gesagt, daß Sie nicht müssen . . .“

Sie wandte ihre Kinderaugen nicht von ihm, und Sergej wußte nicht, weint oder lächelt sie.

„Sergej Iwanowitsch! . . . Wenn Sie wüßten . . . Er wird sterben, Sergej Iwanowitsch . . .“

Und sie ging unter Tränen lächelnd fort und kam, als er sie rief, nicht zurück.

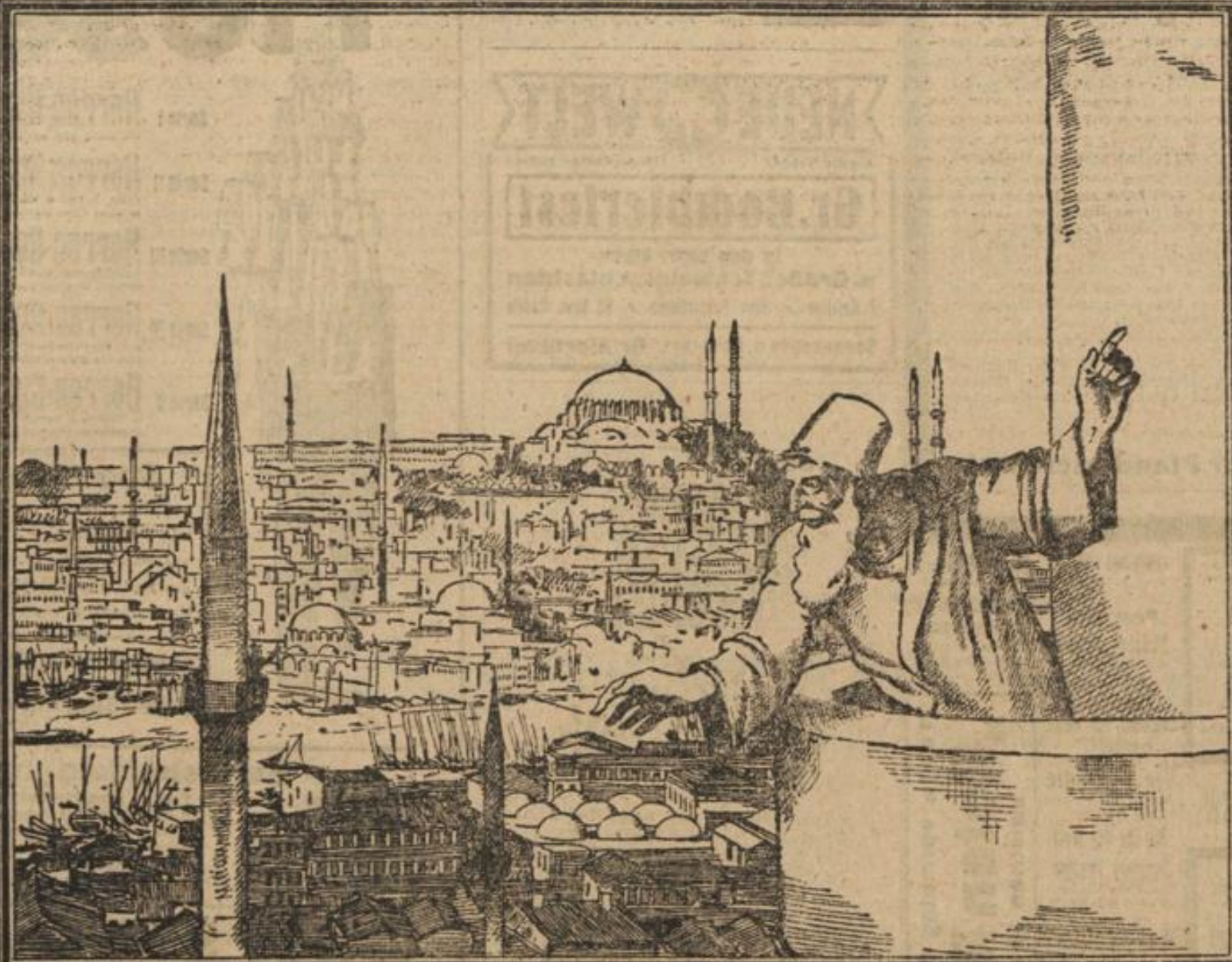
Ist es denn nicht ganz gleichgültig was mit dem Vater geschehen ist? Die Auswahl, die das Leben trifft, ist schon richtig, und der Prozeß dieser Auswahl ist unabwendbar. Wo ist sein Platz in dieser großen Arbeit der Geschichte? Vielleicht wird er zermalmt werden? Vielleicht wird seine Seele sich eben so fühlen wie Babins. Die Schläge dieser Jahre sind so heftig und die Tage so erbarmungslos grausam, daß die alten Wunden bluten und jede Stunde neue schlägt. Ist

es denn nicht gleichgültig, was mit ihm sein wird, wenn jeder Augenblick nach ihm verlangt, nach ihm, ganz, restlos? Arbeiten und nur arbeiten. Und wenn auch Alltags ist — aber der Alltags, das ist der auf hartnäckige Arbeit ungestellte Traum.

Ob man ihn in die Partei wieder aufnehmen wird oder nicht — ist unwichtig; das wird sein Schicksal nicht ändern. Er muß arbeiten und nur arbeiten. Wenn er hinausgeworfen werden wird, wie Mist — so bedeutet es, daß es für die Zukunft notwendig ist. Er ist der Geschichte geweiht, als Kraft, als Element eines mächtigen Prozesses. Er ist mit unzählbaren Fäden mit der ganzen Welt, mit der ganzen Menschheit verbunden, verwoben.

Das Mädchen an Bord war wie eine Welle durch seine Seele gegangen und blieb für immer in seinem Herzen. Wo ist sie? Ist das nicht gleichgültig; sie schaut ihn mit Augen an, die wie ein bis an den Rand gefülltes Gefäß anmuten, und wird niemals in seinen Hirnzellen aufgelöst sterben. Da ist — Polja Mjehowa. Sie ist in ihn durch ihr Lachen hingewachsen, durch den frischen Mut ihres Blutes, durch die Rächte, die er an ihrem Bett schlaflos verbracht hatte — sie ist durch die Liebe in ihn hineingewachsen — für immer, wie ein Schmerz, wie eine heimliche Freude, wie ein unsöschbares Feuer. Wenn auch Schidki, Tschibis, Babijn nicht neben ihm sein werden . . . und auch Luchawa und Datscha nicht . . . Ob sie wird unter der Last des Heldentums der Arbeit mit ehernen Schritten durch die Republik schreiten — Nichts wird seine Vorausbestimmung ändern: er, Sergej, ist eine Kraft, er ist ein Opfer, er ist ein notwendiges Glied in der Kette gewaltiger Geschehnisse . . .

Unten, unter der abhöflichen Mauer des Quais plätscherten und schäumten die Wellen und flogen wie ein grüner, tosender Springbrunnen hoch herauf. Unter der Mauer war ein breiter Nag, an dem die Schiffe anlegten, und die Wellen hatten den Beton blank gewaschen und geschliffen. Und ganz in der Nähe der Mauer lagen Bündel von Wasserflaschen und Haufen von Schutt, Müllstein und Quallen. Am Wasser, wo der Sturm im staubigen Wirbel kreiste, blieb Sergej stehen und schaute hinunter. (Fortsetzung folgt.)



Die Modernisierung der Türkei

macht überraschende Fortschritte. Eben erhalten wir die Mitteilung, daß der große Reformier Kemal Pascha auf den Kuppeln der Moscheen Lautsprecher aufstellen und die schlanken Minarett's mit Rundfunksendern ausbauen läßt. Da das Haus Greiling einer der größten Tabak-Einkäufer im Orient ist und nur die besten Sorten kauft, wird es bald durch die Lüfte erklingen und von den Höhen erschallen:

Allah il Allah! Greiling-Zigaretten sind unvergleichlich!

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Greiling-Marken dieser Auszeichnung wegen ihres milden Aromas und ihrer wohlabgestimmten Mischung in hervorragendem Maße würdig sind. — Die ehrwürdigen Ausrufer und der neuzeitliche Funksprecher verkünden laut:

Greiling-Auslese zu 5s

ist, soweit die tönende Welle reicht, die beliebteste Marke, der unübertroffene Genußspender von höchster Qualität.

Genossenschafts-Aufbau!

Taten beweisen! — Die Konsumgenossenschaft im Jahre 1927.

Am Sonntag wird in der Berliner Konsumgenossenschaft für die Vertretung in der Generalversammlung gewählt. Das im Laufe des Jahres Gesehene muß da überschaut, und das im neuen Jahr zu Schaffende muß überprüft werden. Zwar schließen die Konsumgenossenschaftlichen Organisationen aus Zweckmäßigkeitsgründen ihr Geschäftsjahr nicht mit dem 31. Dezember; aber doch ist eine vergleichende Uebersicht auch für das Kalenderjahr möglich und gerechtfertigt. Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend begann das Jahr 1927 mit zwei neuen Betrieben. Um die Jahreswende 1926/27 bezog sie ihr

neues Betriebsgebäude an der Bornhiltstraße.

In dem Raum geschaffen ist zur Unterstellung von 46 Automobilen in den Portieräumen. In der ersten Etage befindet sich die Reparaturwerkstätte für Schlosserarbeiten, in der 47 Arbeiter beschäftigt werden. Alle Reparaturen, die in dem Betrieb der Konsumgenossenschaft — sei es nun an Automobilen oder an sonstigen Maschinen — sich als notwendig erweisen, werden im eigenen Betrieb durchgeführt. In der zweiten Etage befindet sich eine modern eingerichtete Tischlerwerkstätte, in der nicht nur alle vorkommenden Reparaturen vorgenommen, sondern auch neue Arbeiten ausgeführt werden. In der Tischlerwerkstätte werden 44 Arbeiter beschäftigt. Die zur Reparatur kommenden Automobile werden im Fahrstuhl sowohl in die Schlosser- als auch in die Tischlerwerkstätte befördert. Bei der Errichtung dieses Gebäudes ist Rücksicht auch darauf genommen, daß auf vorhandenem Gelände das Gebäude erweitert werden kann. Der Betrieb arbeitet nur für das Unternehmen selbst; für die Mitglieder wird noch nicht produziert.

Die neue Wurstfabrik.

Der zweite wichtige Betrieb, der um die Jahreswende auf dem Gelände Ritterguststraße 16—30 bezogen wurde, ist die Wurstfabrik. In einem früher anderen Zwecken dienenden Gebäude hat die Konsumgenossenschaft im Laufe des Jahres 1926 eine modern eingerichtete Wurstfabrik errichtet, in der im Jahre 1927 schon 17 292 Zentner Fleisch- und Wurstwaren hergestellt wurden, pro Mitglied schon im ersten Jahr über 6 Kilo. Die Konsumgenossenschaft besaß zwar schon im Jahre vorher eine Wurstfabrik, die sie seinerzeit von der Reutländer Großhandels-Gesellschaft mit übernommen hat. Die Räume genügten jedoch keineswegs den Anforderungen. Es konnten auch nicht alle Wurstsorten dort hergestellt werden. In dem neuen Betrieb werden alle Wurstsorten hergestellt. Die Produktion steigerte sich dem Werte nach um 163 Proz. Für die Güte der hergestellten Waren spricht wohl am besten, daß sich dieser Betrieb bereits als zu klein erwiesen hat und die Arbeiten für einen Erweiterungsbau bereits vergeben sind.

Die neue Pfannkuchenbäckerei.

Im November 1927 ging die Genossenschaft, den Wünschen ihrer Mitglieder entsprechend, zur Errichtung einer Pfannkuchenbäckerei über. In dieser Abteilung werden jede Woche mehrere hunderttausend Pfannkuchen gebacken; allein zu Skioester sind weit über 500 000 Pfannkuchen gebacken worden.

Sprechende Zahlen.

Der Gesamtumsatz betrug im Kalenderjahr 1927 44 800 000 M. gegen 35 800 000 M. im Jahr vorher. Das sind 25 Proz. mehr. Die Bäckerei verarbeitete 1927 rund 150 000 Sad Mehl gleich 1000 Waggons zu 300 Zentner. Der Umsatz betrug 9 860 000 M. oder rund 23 Proz. mehr. Die Konditorei vergrößerte ihren Umsatz um 21 Proz. auf rund 630 000 M. In der Kaffeebäckerei wurden 5700 Zentner Kaffeebohnen und 5350 Zentner Gerste geröstet. Beschäftigt werden bei der KGB. 2500 ständige Arbeiter und Angestellte, um Weihnachten darüber hinaus mehrere hundert Auslastungskräfte.

Erfolgreiche Werbeschau und Besichtigungen. — Warenhaus Oranienstraße.

Wohlbekannt ist der Erfolg, den die Konsumgenossenschaft durch ihre 3. Werbeschau im vergangenen Herbst gehabt hat. An den vorhergehenden fünf Sonntagen haben Zehntausende die Betriebsanlagen in Lichtergaben besichtigt. Einmütige Anerkennung über die zweckmäßige und vorteilhafte Anlage sprachen auch jene Besucher aus, die der Genossenschaft noch nicht angehörten.

Für das Jahr 1928 wird ein bedeutender Fortschritt in der Warenverteilung erzielt: im Hause Oranienstraße 164/165 wird ein Warenhaus errichtet. Hunderte von Arbeitern sind beschäftigt, um das Kaufhaus Maagen in das Warenhaus der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend umzugestalten. Mitte Februar soll mit dem Verkauf in diesem Hause begonnen werden. Auch der Arbeitslosigkeit wirkt die KGB. so entgegen. Wieviel mehr könnte geschehen, wenn die Berliner Arbeiterhöfe in vollem Ausmaß erkannt hätte, was es bedeutet, die Kaufkraft der Massen zusammenzufassen, um so die Macht der Konsumenten für das Gemeinwohl nützen zu können.

Abwehr und Ermunterung — auch für die Gegner.

Die Gegner der Konsumgenossenschaftlichen Organisation haben es auch im vergangenen Jahr nicht unterlassen, die Konsumgenossenschaftliche Entwicklung aufhalten zu wollen. Die Fleischermeisterorganisationen von Groß-Berlin haben in einer besonders veranstalteten Werbeweche nicht anderes zu tun gewußt, als in der Hauptsache gegen die Konsumgenossenschaft heftig zu werden. Der Erfolg war, daß die Geschäfte der Konsumgenossenschaft in den Fleischläden sehr gut gingen und daß die Umsatzerhöhung in diesem Zweig eine doppelt so starke war, als die Steigerung im Gesamtgeschäft. Selber wird sich an dieser Einstellung des privaten Handels auch im Jahre 1928 kaum etwas ändern. Ganz naturgemäß wird sich auch in der Zukunft die Konzentration im Handelsgewerbe genau so vollziehen, wie das in der Industrie seit langem der Fall ist. Die Kleingewerbetreibenden und Kleinhandlender finden sich zwar damit ab, daß ihre Konkurrenz in den oberen Regionen die Betriebe fortgesetzt vergrößert, sie kämpfen aber dagegen, daß die Verbraucher ihre Angelegenheiten in die eigene Hand nehmen und ihre Verteilungs- und Produktionsstätten so gestalten, wie sie das vom Standpunkt der Verbraucher aus für zweckmäßig erachten.

Dieser Kampf gegen die Konsumvereine ist natürlich; aber doch bedauerlich, unflug und keineswegs im Interesse des privaten Handels. Denn die Verbilligung im Konsumverein macht die Millionen Konsummitglieder für andere Waren wieder kaufkräftiger, die die Konsumvereine nicht führen. Im Gegenteil sollten alle selbständigen Handwerker und Kleinfachleute sich ernsthaft überlegen, selbst Mitglieder in den Konsumvereinen für ihre Familien zu werden. Das wäre für sie ein viel größerer Nutzen als der überflüssige unfluge Kampf.

In dem Bestreben, die Konsumvereine herabzusehen, wird behauptet, daß die Konsumvereine

von der Regierung Unterstützung

auch materieller Art erhalten. Die Konsumvereine erfreuen sich heute zwar großer Beachtung im Wirtschaftsleben, man würde aber der Regierung wirklich Unrecht tun, wenn man sagen wollte, daß sie für die Konsumvereine etwas besonderes übrig hätte oder gar dazu überginge, die Konsumvereine finanziell zu unterstützen. Rein, die Leistungsfähigkeit der Konsumvereine ist nur auf das unerschütterliche Vertrauen ihrer Mitglieder zurückzuführen, und wenn die Konsumvereine in Zeiten der Geldknappheit genügend Mittel haben, um sich weiter ausdehnen zu können, wenn

die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend ihre Erweiterungsbauten und ihre Renovierungen durch eigenes Geld sofort begleichen kann, dann ist das lediglich auf das Vertrauen, welches ihre Mitglieder zum Ausdruck bringen, zurückzuführen: sind doch 3/4 die Spareinlagen im Laufe des Jahres 1927 von 12 800 000 M. auf 19 500 000 M. gestiegen.

Zum neuen Werk!

So muß abschließend gesagt werden: das Jahr 1927 war für die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend ein arbeits- und erfolgreiches Jahr. Es hat nicht nur berechtigte Erwartungen erfüllt, sondern auch die Möglichkeit gegeben, im Jahre 1928 weiter zu arbeiten am Auf- und Ausbau der Konsumgenossenschaftlichen Organisation. Die Möglichkeit, an diesem Werk zum eigenen Nutzen mitzuarbeiten, ist jedem gegeben, der aus seinem Einkommen für seine Familie mehr herausholen will und muß. Dafür gibt es kaum eine Grenze. Von diesem Standpunkt können in Berlin noch viele Hunderttausende Mitglieder und Nutznießer der Konsumgenossenschaft werden und sich so betätigen, daß der jetzige Jahresumsatz bald der Monatsumsatz wird.

Jedes Mitglied, das heute durch die Ritterguststraße geht, kann mit Stolz an der Front 16—30 feststellen: hier ist mein Werk, unser aller Werk zu unserem gemeinsamen Nutzen. Hier ist das, was ich nicht nur für mich, sondern für meine Nachkommen geschaffen habe, hier ist die Stelle, von der aus gegenwärtige und kommende Generationen ihre Kraft weiter entfalten können. Die Betriebsanlagen der Konsumgenossenschaft sind Wahrzeichen selbstbewusster proletarischer Kraft und zielbewußt aufbauender Selbsthilfe.

Bauprogramm der Gewerkschaften

Gegen die Einpferchung. — Für Auslandsanleihen!

Die freigewerkschaftlichen Spitzenverbände, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund und der Allgemeine Deutsche Beamtenbund, haben dem Reichsarbeitsminister am Mittwoch eine Eingabe zugehen lassen, in der sie zu der Denkschrift des Reichsarbeitsministeriums über „Die Wohnungsnot und ihre Bekämpfung“ Stellung nehmen und ihr baupolitisches Programm entwickeln. Die Denkschrift stelle die Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt wesentlich günstiger dar, als sie in Wirklichkeit sind. Gegenüber den vom Reichsarbeitsministerium in der Denkschrift zum Vorschlag gebrachten Maßnahmen nehmen sie folgenden Standpunkt ein:

1. Die Zahl der fehlenden Wohnungen ist nicht auf 600 000, sondern auf weit mehr als das Doppelte zu veranschlagen, da allein noch der Ergebnissen der Reichswohnungszählung rund 1 Million Haushaltungen ohne eigene Wohnung sind.
2. Die Durchschnittpreisgröße der künftig zu errichtenden Wohnungen darf nicht herabgesetzt werden. Die Absicht, Einzimmerwohnungen zu bauen, die kleiner und dürrer als die der Vorkriegszeit sein sollen, ist aus Gründen der Volksgesundheit abzulehnen.
3. Die Aufstellung eines Reichswohnungsbauprogramms für einen mehrjährigen Zeitabschnitt ist erforderlich.

Es ist verfehlt, den Umfang der Wohnungsbautätigkeit ausschließlich nach der jeweiligen Wirtschaftslage zu bemessen. Die in der Denkschrift entwickelten Pläne zur Verteilung der Bauvorhaben über das ganze Jahr und zur Rationalisierung des Baugeschehens sind ohne ein solches Programm nicht zu verwirklichen.

4. Eine Erhöhung der gesetzlichen Miete ist unzulässig. Trotz der bisherigen Mietsteigerungen war keine Belebung der Bautätigkeit zu verzeichnen. Die Spannung zwischen gesetzlicher Miete und Neubaumiete ist vielmehr durch Senkung der Neubaumiete zu beseitigen.

5. Zur Finanzierung des Wohnungsbaues ist die Hauszinssteuer stärker heranzuziehen; ferner ist, falls der inländische Geldmarkt die weiter erforderlichen Mittel nicht zur Verfügung stellen kann, die Aufnahme von Auslandskrediten in Aussicht zu nehmen.

6. Der Mieterschutz muß aufrecht erhalten bleiben. Die inzwischen vorgenommenen Lockerungen haben zu keiner Minderung der Wohnungsnot geführt. Die Rückkehr zur freien Wirtschaft im Wohnungswesen ist abzulehnen; erforderlich ist dagegen die Schaffung eines sozialen Wohn- und Mietrechts, das der Mieterschaft einen Schutz vor ungerechtfertigter Kündigung und Mietpreissteigerung gewährt.

Die Spitzenverbände haben ihren Forderungen eine eingehende Begründung beigelegt, auf die wir bald noch zurückkommen werden.

Sinkender Güterverkehr auch im Januar.

Die Reichsbahn im November und Dezember.

In der ersten Januarwoche ist die arbeitsmäßige Wagenleistung der Reichsbahn wiederum um 135 500 auf 124 300 Wagen gesunken, so daß bald der niedrige Stand der entsprechenden Zeit des Vorjahres erreicht sein wird.

Tabellarische Uebersicht seit November (in 1000 Stück)

Woche	wöchentlich		durchschnittlich im Arbeitsjahr	
	1927/28	1926/27	1927/28	1926/27
30. 10.— 5. 11.	970,8	900,3	161,8	150,0
6. 11.—12. 11.	997,4	943,2	166,2	157,2
13. 11.—19. 11.	889,5	848,4	177,9	169,7
20. 11.—26. 11.	967,5	939,5	161,2	156,6
27. 11.— 3. 12.	985,4	907,2	164,2	151,2
4. 12.—10. 12.	945,8	881,0	157,6	146,8
11. 12.—17. 12.	926,0	872,4	154,3	145,4
18. 12.—24. 12.	794,1	794,7	132,4	132,5
25. 12.—31. 12.	652,7	602,0	130,5	120,4
1. 1.— 7. 1.	746,1	721,3	134,3	120,2

Im Dezemberbericht der Reichsbahngesellschaft werden einige Gründe mitgeteilt, die den starken Rückgang des Güterverkehrs als in der Haupt Sache saisonmäßig erkennen lassen: Verengung der Zuckerrübenverarbeitung, Aufhören der großen Erntetransporte, vollständige Bähmung der Bautätigkeit durch den Frost, die Unmöglichkeit, kalteempfindliche Güter zu befördern. Für Zement beispielsweise wurden fast 50 Proz. weniger Wagen als im November gestellt, für Rübenschnitzel noch nicht ein Drittel.

Die Kassenereinnahmen betrugen 421,97 Millionen, die Ausgaben 432,11 Millionen, davon für Betrieb und Unterhaltung 305,26, für Anlagenerneuerung 59,72, für die Dienstleistungsleistungen 54,99 Millionen M. Der Personalsstand betrug im November 712 370 gegen 728 801 Personen im Oktober.

Kohlenhändler zur Brennstoffnot.

Eine Zuschrift, die an den Fehlern der Kohlenhandelsorganisation nichts ändert.

Die Arbeitsgemeinschaft des Berliner Brickethandels sendet uns zur Verteidigung des Berliner Kohlenhandels hinsichtlich seiner Verantwortung für die Bittschrift eine Zuschrift, die weder dessen Verantwortlichkeit noch sein Verlangen in einem anderen Sinne erdrehen läßt, als es bisher möglich war.

Durch Kapitalmangel, der zu einer Verminderung der Zahl der Lagerplätze geführt habe, sei eine ausreichende Vaperhaltung für den Winter nicht vollständig möglich. Diesen Kapitalmangel kann dem Kohlenhandel aber niemand abnehmen. Die Bedarfssteigerung sei außergewöhnlich gewesen durch die starke Witterung von April bis Juni, durch die frühe und lange Kälte im vorigen Monat und durch die zahlreichen Neubauten, die Ofenheizungen haben. Für diese Fälle vorsorgen ist aber gerade die Aufgabe des Kohlenhandels. Entgegen der Wahrheit wird von einem großen Produktionsausfall durch den mangelhaften Bergarbeiterstreik gesprochen, und das einzig richtige Argument von der schwächeren Befüllung durch die Frostwirkungen

in den Braunkohlengruben wird dadurch entwertet. Nicht ganz richtig ist auch die Feststellung, daß die Organisation des Kohlenhandels die Verbraucher vor Ueberwertungen demohri habe; denn Preise bis zu 2 Mark sollen in der Tat mehrfach gefordert worden sein. Wenn zur Verhinderung zufälliger ähnlicher Mißstände mehr Betriebskapital für den Kohlenhandel verlangt wird, so kann nur der Kohlenhandel selbst dafür sorgen. Wenn insbesondere die Kleinverbraucher in unrichtigster Weise Anlieferung kleinster Mengen verlangen, so erweist sich das unangenehm aus der bewährlichen Tatsache, daß den Verbrauchern heute das Geld fehlt, im Sommer für den Winter vorzusparen. Die Meinung an erwerbliche Betriebe, Kohle zu kaufen, mag schließlich berechtigt sein.

Daß, wie schließlich behauptet wird, von den Aufsichtsbehörden die Erstpreisberechtigung des Kohlenhandels in Zweifel gezogen werde, was sicher nur für den unrationellen und überflüssig verteuerten Kohlenhandel der Fall ist, das ist schließlich nur die Folge davon, daß in der Tat die heutige Organisation des Berliner Kohlenhandels für eine rationelle und billige Versorgung nicht ausreicht, was auch diese Zuschrift nur unterstreicht.

Die Reichsbank weiter hart entlastet. Keine Diskontermäßigung.

Die erste Januarwoche hat bekanntlich der Reichsbank eine Kreditentlastung von rund 548 Millionen gebracht. In der zweiten Januarwoche hat sich diese starke Entlastung mit einem Abfließen der gewöhnlichen Kredite für Wechsel- und Lombarddarlehen um 294,7 Millionen auf 2457,3 Millionen fortgesetzt. Die Verdrängung des Geldmarktes, die nach Jahresabschluss durch ausgeschüttete Industrieerträge und Wertpapierkäufe verstärkt wurde, auch die geringen Geldanforderungen durch die saisonmäßige Konsumverfälscherung der Industrie machen das noch der an sich schon übermäßigen und vielfach technisch zu erklärenden Ueberbeanspruchung der Reichsbank zum Jahresabschluss beareitlich. Die Lombarddarlehen haben um 10 Millionen auf 33,2 Millionen zugenommen, die Wechselbestände dafür um 304,6 Millionen auf 2309 Millionen abgenommen. Vom Konto der Giroverkehr der Reichsbank wurden 19,9 Millionen abgezogen. So sah sich dieses Mitte Januar auf 655,1 Millionen stellt. Der Kassenumsatz hat nach einer Senkung um 243,1 Millionen auf 3927,3 Millionen die 4-Milliarden-Grenze wieder unterschritten. Der Umlauf an Rentendarlehen ist um 34,9 Millionen auf 645,1 Millionen verringert. Goldbestände (1864 Millionen) und dekmarsfähige Devisen (286,1 Millionen) sind fast unverändert. Die Rentendeckung durch Gold liegt gegen die Vorwoche von 44,7 auf 47,5 Proz., diejenige durch Gold und dekmarsfähige Devisen von 51,5 auf 54,7 Proz. In Bremen soll der Reichsbankpräsident geäußert haben, daß er eine Herabsetzung des Diskontsatzes der Reichsbank auf Wochen hinaus kaum erwägen werde.

Genau Eisenpreiserhöhung hätte die eisenverarbeitende Industrie (Koi) in Berlin neue Beschlüsse, die am Freitag veröffentlicht werden sollen — Wie aus Düsseldorf gemeldet wird, sollen die Röhrenpreise nicht erhöht werden.

Der englische Kohlenhandel hat sich im Jahre 1927 gegenüber dem vorhergehenden Jahre verbessert. Der Gesamtexport ist von 653 auf 709 Millionen Pfund Sterling im Jahre 1927 gestiegen (1925 773 Millionen), während der Gesamtimport um 1241 auf 1219 Millionen Pfund zurückgegangen ist (1925 1320 Millionen).

Preußens Forstwirtschaft.

Die Lage der Forstarbeiter — Ueberschüsse, Sparmassnahmen, Rationalisierung.

In der Mittwochsitzung des Landtages wurde zunächst ein gemeinschaftlicher Antrag auf Abänderung der Bestimmungen über die Erwerbshilfenunterstützung der Saisonarbeiter gemäß dem kommunizistischen Antrag ohne Debatte an den Hauptauschuss verwiesen.

Hierauf begann die zweite Lesung des Haushaltsplanes beim Forstetat.

Berichterstatter Abg. Peters-Hochmann (Soz.) teilt mit, daß der Hauptauschuss den voraussichtlichen Ueberschuß der Forstverwaltung um 10 Millionen Mark höher veranschlagt habe als der Etatentwurf. Er tabelt den übermäßigen Bauaufwand bei den Dienstwohnungen der Oberförster, die zum Teil teuer geworden seien als die Wohnungen des Ministers und seines Staatssekretärs.

Abg. Held (D. Sp.) schlägt zur Erhöhung des Ueberschusses der Forstverwaltung vor, den Oberförstern beim Holzverkauf mehr freie Hand zu lassen; allerdings müsse man ihnen dann eine gewisse geschäftliche Ausbildung geben. Der privaten Forstwirtschaft sollten billige Kredite zur Verfügung gestellt werden. Dringend notwendig seien Kreditaufwendungen für die Pflege der Jagd und eine neue Jagdordnung für Preußen.

Abg. Brandenburg (Soz.):

Die Klagen der Forstarbeiterschaft über Nichtachtung und schlechte Behandlung der Betriebsräte sind erfreulicherweise nicht mehr so zahlreich wie in früheren Jahren. Das Verdienst an der Beseitigung dieser Uebelstände können wir Sozialdemokraten für uns in Anspruch nehmen. (Sehr wohl! bei den Sozialdemokraten.) Nur in Ostpreußen lassen die leitenden Forstbeamten den guten Willen vermissen, die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes und die Anordnungen ihres eigenen Ministers durchzuführen. Wir erwarten vom Minister, daß er mit aller Energie gegen diese rückständigen Beamten vorgeht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Entgegen den Tarifen wird noch immer in einer Anzahl von Fällen der Versuch gemacht, die Arbeitskräfte nicht zu vereinbaren, sondern zu diktieren. Die landwirtschaftlichen Unternehmerverbände arbeiten unermüdet daran, den Tarifvertrag der Staatsforstarbeiter überhaupt zu beseitigen und sie unter die Landarbeitertarife zu bringen. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat wegen des Forstarbeitertarifes dem Minister geradezu Vergehungen von Staatsgebern vorgeworfen. Dabei ist die Lohnpolitik der landwirtschaftlichen Arbeitgeber restlos verfahren, und es ist für die Staatsregierung gewiß nicht verlockend, da mitzu machen. Wenn auch einzelne höhere Forstbeamte sich an dem Bemühen beteiligen, die Löhne der Forstarbeiter zu drücken, so ist der Grund dieser Haltung sehr durchsichtig: sie wollen billige Arbeitskräfte für die Bewirtschaftung ihres Landes.

Ich stelle mit Genugtuung fest, daß in der uns vorgelegten Spardenschrift über die Forstverwaltung die Lohnfrage vernünftig abgehandelt ist.

Mit Recht hat der Landwirtschaftsminister hervorgehoben, daß die preussischen Forstarbeiterlöhne noch hinter den Löhnen zahlreicher anderer deutscher Länder zurückbleiben. Ich hoffe deshalb auch, daß die soeben eingereichten Anträge der Gewerkschaften auf Lohnaufbesserung freundlich aufgenommen werden. Unwichtig ist in der Forstverwaltung vielfach die Knickerei mit den Sozialzuschlägen. Unsere Anträge auf Gewährung von Unterstützungen an alle Forstarbeiter hat das Ministerium zwar in jedem einzelnen Falle sehr wohlwollend erledigt, aber die Forstarbeiter legen mehr Wert auf einen Rechtsanspruch als auf dieses Entgegenkommen. Ganz veraltet und vorurteillich sind die Tarifvertragsbestimmungen über die Pflicht der Staatsforstarbeiter, auf dem Privatland des Försters zu arbeiten. Ein Oberförster in Mecklenburg hat sogar von dem Sohn eines Forstarbeiters Hand- und Spanndienste gefordert. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) In Braunschweig ist diese Arbeitspflicht eine Quelle höchst ärgerlicher Streitigkeiten, seit der Revolution beseitigt. In der Beschäftigung schwerkriegsbefähigter erreicht die staatliche Forstverwaltung noch immer nicht den vorgeschriebenen Prozentfuß, statt den Privatunternehmungen mit gutem Beispiel voranzugehen. Die Anträge der Forstarbeiter auf Errichtung von Siedlungshäusern werden von zahlreichen Regierungen unverantwortlich verdrängt. So hat z. B. die Regierung in Magdeburg einen berechtigten Antrag seit einem Jahre unbeantwortet gelassen. Wir hoffen, daß die Regierung die Forstarbeiterlöhne entsprechend der tatsächlichen Teuerung erhöhen und damit einer starken Arbeitergruppe die Anerkennung erteilt werden lassen wird, auf die sie nach ihrer schweren und gefährlichen Arbeit Anspruch erheben kann. (Beifälliger Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. u. Ierslow (Dnoll.) fordert höhere Holzpreise und protestiert dagegen, daß die Vertreter der preussischen Regierung im Reichsrat die Schutzpolitik erschweren.

Abg. Schmeiser (Z.): Das System der staatlichen Forstverwaltung ist durchaus richtig. Aber die Sparmassnahmen, die der Finanzminister durchführen will, werden zum Schaden der Forstwirtschaft und Volkswirtschaft ausschlagen.

Abg. Barfeld (Dem.) verteidigt die Spardenschrift. Landwirtschaftsminister und Finanzminister könnten durch Zusammenlegung der Oberförstereien noch viel Geld sparen.

Landwirtschaftsminister Dr. Steiger:

Der diesjährige Ueberschuß des Forsthaushalts ist 2,3 Millionen höher als im Vorjahre. Aber 75 Proz. der Einnahmen werden von den Ausgaben verlichungen. Im Jahre 1913 waren es nur rund 50 Proz. Der Berücksichtigung des Betriebsstoffes bedarf wesentlich auf der Steigerung der Löhne und Gehälter. Die Löhne sind gegenüber 1913 um 60 Proz. gestiegen. Der Festmeter Holz kostete uns im Jahre 1913 an Arbeitslohn 1,38 M., jetzt 3,15 M. (Hört, hört! rechts.) Damit sage ich durchaus nicht, daß die Löhne zu hoch sind. Mit einer Ausnahme zahlen sämtliche deutschen Länder und sämtliche Kommunalforsten höhere Löhne. Ich kann den Lohn der Forstarbeiter auch nicht nach den Landarbeiterlöhnen bemessen lassen; denn der Landarbeiter hat Deputate und dauernde Arbeit.

Ich halte mich für verpflichtet, auch in Zukunft die Löhne der Forstarbeiter für ganz Preußen im Einklang mit den großen Arbeitnehmergeorganisationen tariflich festzusetzen und muß mir eine weitere Steigerung der Löhne rechnen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Um so dringlicher sind Sparmassnahmen und Rationalisierung der Forstwirtschaft. Ich halte an allen Vorschlägen der Spardenschrift fest und habe in diesem Sinne neue Beschäftigungsanmeldungen herausgegeben. Zum Schluß nur die eine Mitteilung, daß wir jetzt über 12.000 Hektar Forst unter Naturschutz gestellt haben. Das beweise, daß uns der Betriebsüberschuß zwar viel ist, aber nicht alles. Beifall.)

Oberlandforstmeister von dem Busche: Unsere Forstverwaltung steht der keines anderen deutschen Landes nach. Aber gegenüber Schweden und Finnland z. B. sind wir in Rückstand geraten und arbeiten daran, das aufzuholen.

Abg. Kraft (Soz.)

fordert den Landwirtschaftsminister auf, die Auflösung der Forstgutsbezirke zu unterstützen und dabei auf die Bildung

leistungsfähiger Gemeinden hinzuwirken. Die Sozialdemokratie sei gern bereit, am Ausbau der Produktivität des Forstbetriebes mitzuwirken. Aber der Abbau an Forstbeamten sei dazu kein geeigneter Weg. Eine richtige, durchgreifende Verwaltungsreform zur Beseitigung überflüssiger Oberförstereinstellen würde weit größere Ersparnisse bringen. Im übrigen müsse die Forstverwaltung darauf drücken, daß sie von ihren Ueberschüssen mehr als bisher für den Ausbau der staatlichen Forstverwaltung behält. Der Naturschutz sei etwas sehr Schönes, aber er dürfe nicht dazu führen, daß der Landwirtschaft noch mehr Wäldchen zugesetzt werde. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Nach einer ganzen Anzahl weiterer Redner wird die Generaldebatte geschlossen. Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr: Einzelberatung des Forstetats, Beurlaubter.

Elend am Rhein.

Erwerbslosigkeit und Sterblichkeit höher als im Reich.

In der Mittwochsitzung des Reichshaushaltsausschusses, in der über den Etat für die besetzten Gebiete beraten wurde, gab Genosse Kirchmann ein anschauliches und ergreifendes Bild von den noch immer im Rheinland herrschenden überaus traurigen Zuständen. So sei u. a. die Erwerbslosigkeit im besetzten Gebiet 30 bis 50 Proz. größer als im übrigen Deutschland; die Sterblichkeitsziffer liege erheblich über dem Durchschnitt im Reich. Besonders stark herrsche die Tuberkulose, und zwar bei der ländlichen Bevölkerung noch mehr als in den Städten. Die Verhältnisse seien um so aufreißender, als es weder eine moralische noch eine rechtliche Grundlage dafür gebe, daß noch ein fremder Soldat im Rheinland sei.

Der Staatssekretär ergänzte die Ausführungen des Genossen Kirchmann und der bürgerlichen Redner durch zahlreiche Details und u. a. durch die Mitteilung, daß gegenüber 8656 noch beschlagnahmten Wohnungen durch den Abzug eines kleinen Teils der Besatzungstruppen nur 400 Wohnungen freigegeben sind.

Eine sozialdemokratische Entschließung, die Bestimmungen über den Abbau der örtlichen Sonderzuschläge, besonders im besetzten Gebiet, einer Nachprüfung zu unterziehen, mit dem Ziel, diese Maßnahme für die Betroffenen erträglicher zu gestalten, wurde angenommen.

Eine weitere sozialdemokratische Entschließung, die für die loyale Unterstützung der Franzosenempfänger an der Saargrenze ausgeworfenen 1,5 Millionen auf 3 Millionen zu erhöhen, wurde abgelehnt, nachdem die Regierung erklärt hatte, daß, sollten die 1,5 Millionen nicht ausreichen, weitere Mittel zur Verfügung gestellt würden.

Zusammenschluß der Bauernschaft.

Einheitsorganisation in Schleswig-Holstein.

In Neumünster fand am 18. Januar in außerordentlich stark besuchten Generalversammlungen des Schleswig-Holsteinischen Bauernvereins und des Verbandes landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe für Schleswig-Holstein der endgültige Zusammenschluß beider Verbände statt. Die geeinigte Organisation ist sowohl der Vereinigung der Deutschen Bauernvereine als auch der Deutschen Bauernschaft angeschlossen. Erster Vorsitzender ist der bisherige 1. Vorsitzende des Schleswig-Holsteinischen Bauernvereins, Bauerngutsbesitzer Grammer Johann-Eichhof. Stellvertretender Vorsitzender ist der bisherige 1. Vorsitzende des Verbandes landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe, Landwirt Fritz Lübke-Augaard. Im übrigen ist der engere Vorstand der Zahl nach partiell zusammengestellt. Hauptgeschäftsführer des Verbandes bleibt der bisherige Geschäftsführer des Schleswig-Holsteinischen Bauernvereins, Dr. Thyllen. Ergänzt wird die Geschäftsführung durch einen vom Verband landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe zu benennenden Herrn.

Die wichtigsten Forderungen des vereinbarten Programms sind: Agrarpolitik muß Bauernpolitik sein, Vereinfachung der Steuer- und Abgabenlast, in der Richtung einer landwirtschaftlichen Einheitssteuer, in der Handels- und Zollpolitik bessere Berücksichtigung der bäuerlichen Veredelungsprodukte und Beseitigung der Zölle auf Futtermittel, Anerkennung der Verfassung, des Privateigentums und Wahrung der parteipolitischen Neutralität. Außerdem wurde eine Reihe von Tagesforderungen zur Änderung der augenblicklichen Notlage festgelegt.



Liebe Fußgänger beachtet!

Im Gewühl der Großstadt gilt als wichtigste Regel: Nerven elastisch, Geist rege und Augen offen halten! An den gefährlichsten Punkten des Verkehrs unterstützt man die Vorsicht wirksam durch den belebenden Genuß der köstlichen

Josetti Juno

Berlins meistgeraucherter 4.8 Cigarette

Der Hirtenjunge.

Eine Kinderseele im ungarischen Tiefland.

Dieser kleine Hirtenjunge ist ein Kind der Revolutionen. Er ist noch der Gegenrevolution. Geboren im Juni 1914 unter dem unendlich weiten Himmel der ungarischen Tiefebene, in einem elenden, kleinen Dienstbotenquartier, in Szabadszallas. Seinen Vater hat er lange nicht gefasst, ihn — auch als der Krieg dann zu Ende war — nur ab und zu gesehen. Er am Sonntag als an einem Wochentag; aber auch Sonntag nur selten. Er ging bei Gänken und Schweinen in die Schule, doch das genügt im ungarischen Brauchland für einen zukünftigen Knecht. Er lernte weder Lesen noch Schreiben, aber er lernte das Privateigentum achten, und das ist schon Gesezeskunde. Eine Gans oder ein Schwein stehlen? Da sei Gott vor! Einer jungen Ente den Hals umdrehen, ist todwürdige Verbrechen. Aber Bista Rab erwürgen? Bista Rab ist ein ebensolcher Taugenichts wie er selbst, dient genau wie er im Rent und Speck, und auch um ihn kümmert sich weder Vater, noch Lehrer, noch die Behörde. Wen kümmert es, wenn er den Bista Rab umbringt und ins Köchricht wirft? Wer wird sich um ihn kümmern? Man wird ihn wegen dieser Heidentat vielleicht sogar noch loben, wie den Burchen, der den anderen halbtot schlägt. Er wird am Ende vielleicht noch ein berühmter Mensch, wie jener Michael Francio-Rib, von dessen blutigen Taten man sich hier auf den Gassen solche Wunderdinge erzählt. Oder wie Joan Hessos, von dem man in Liedern singt, daß er hundert und eilfische Menschen ins Jenseits befördert hat und der jetzt dort oben in Fest die Befehle macht.

Bista Rab hatte neue Kleider, deshalb mußte er sterben. Er — den die Zartheit des Gesetzes, die Unmündigen betreffend, namenlos sein läßt — ging in einer verschlissenen, zerfetzten Pelzjacke. Bista Rab gefiel ihm in seinen neuen Kleidern sehr gut. Er sogte es ihm auch. „Du bist jetzt sehr schön, Bista Rab; neu von Kopf bis Fuß.“ Sie gingen nebeneinander am Rande des Köchrichts und da sah er im Wasser den Unterschied. Zuerst schämte er sich sehr, dann wurde er neidisch und war zum Schluß schon ernstlich böse auf Bista Rab. Warum läuft der nicht auch in seinen Fetzen? „Ich beschloß also“, gesteht er dem Richter in Reflexion, „ihm die Kleider wegzunehmen. Er hatte ein Messer in der Hand, weil er sich eine Aute schneiden wollte. Er rückte sich und da hab ich von hinten seinen Hals umschlungen. Hab ihn zusammengepreßt. Das Messer fiel Bista aus der Hand, er fiel neben mir zu Boden, sah mich an und sagte: oh, mein Gott! Ich tute auf seine Brust und würgte ihn weiter. Bista wurde ganz blau im Gesicht. Rührte sich nicht mehr. Da zog ich ihn aus, nur das Hemd habe ich ihm gelassen, weil das zerissen war. Seine Stiefel waren mir zu klein, die hab ich ins Wasser geworfen. Ich habe seine Kleider angezogen und meine eigenen häßlichen Lumpen ins Wasser geworfen. Dann packte ich Bista beim Fuß und zog ihn ins Köchricht. Nachher ging ich nach Hause und legte mich im Stall nieder.“

Ein Schatten läuft über das Gesicht des Richters.
„Hast du schlafen können?“
„Warum hätte ich das nicht können sollen?“, antwortet der dreizehnjährige Wärbler.
Der Richter wird streng und fragt:
„Weißt du, daß man der Kuh und dem Schwein, das einem anderen gehört, nichts zu Beide tun darf?“
Der Bub zieht sich aus der Schlinge.
„Wie sollte ich das nicht wissen.“
„Das oder hast du schon nicht gewußt, daß man einem Menschen nichts zu Beide tun darf.“
„Das habe ich nicht gewußt.“
„Hast du nicht gewußt, daß man nicht mordeten darf?“
„Rein. Das hat man mir nicht gesagt.“

Interessant ist auch der Dialog, der dann noch folgt. Man fragt den Jungen nach Gott, Jesus, Weihnachtsen, der aber weiß nicht, was das ist. Seine Auffassungsgabe ist gut, ab und zu gibt er sogar scharfsinnige Antworten, doch von Jesus hat er niemals gehört und von Gott auch nur so, daß die Burchen dessen Namen mit einem Fluch verbunden. Als ihn der Richter fragt, ob er denn nicht das Gefühl gehabt habe, etwas Schlechtes zu tun, gibt er zur Antwort:
„Ich habe geglaubt, die Gendarmen werden mich prügeln, so wie wenn ein Schwein verloren geht. Sie haben mich aber nicht geprügelt.“
Sein Auge blinzelt auf. Er ist stolz darauf, daß die Gendarmen ihn nicht geprügelt haben. Und ist ganz besonders stolz darauf, daß er zwischen Schwein und Mensch so genau zu unterscheiden weiß. Der Mensch ist nicht so wichtig. Denn, zum Schwein wird ja sogar ein Doktor gerufen, wenn es krank ist.

„Drei Jahre Gefängnis, nachher Besserungsanstalt.“
Der Hirtenjunge beginnt zu verfluchen, daß man ihn jetzt auf drei Jahre ins Loch steckt. Irigendwie hat er es geahnt. Er wirft einen kurzen Blick auf die Korpus beiläufig auf dem Gerichtstisch und fragt:
„Und die Kleider, bitte schön, gehören die mir?“
Die Antwort darauf verstimmt ihn sehr.

Jlles Kaczer.

Auf der Werft.

Von C. P. Hiesgen.

Von der nahen See her lauft der Sturm und rüttelt an den eiserne Trägern und Kränen, die zu Duzenden wie stählerne Bäume die riesige Schiffswerft überragen.
Der Sturm braust zwischen hochstrebenden Schiffspannen und jagt den Värm rasender Riechhämmer weit über Hafen und Stadt hinaus.
Feldschmieden staßern um und auf dem Schiffsaubau. Die Feuerkränze mit schwarzen Wimpeln rauschen die vielen kleinen Feuerstellen. In den Schiffsplatten sehen Rieter und lassen die tosenden Luftdruckkammer gegen die dröhnenden Schiffswände prasseln. Glühende Rieter schwenken in Zangen hin und her.
Kräne heben Winkel und Träger und Spannen hoch und senken Zentnerlasten hier und dort. Schottwände bauen sich auf und Schraubenschlüssel kreisen in griffhändigen Händen ohne Unterlaß um schwere Verbindungsstücke.

In Glat und Räfte, im Schneesturm und betäubenden Geflümmern bohren und rieter, dröhen und wackeln Hunderte Männer: von früh bis spät im würgenden Afford.

„Afford ist Wörd!“ flucht ein Junge, der die rotglühenden Rieter nicht schnell genug zurecht. „Afford ist Wörd!“ flucht eine ganze Rieterkolonne, die die vom Reister schlecht befundenen Rieter unter Verlust ihres Affordlohnes wieder loskloppen muß. — „Afford ist Wörd!“ flucht ein Anstreicher, dem der Sturm den roten Rennigtopf vom Haken riß und den Farbtopf gegen die Schiffswand schleuderte.

Am scharfen Sturm biegen sich die vereisten Gerüste und schieden sich die Laufbretter hin und her.

Heute kam ich an der Werft vorbei und sah die schwarzen Arbeitskolonnen in die Offenräume eilen. — Eine Kolonne Anstreicher kam zuletzt. — Mir war, als ich die einzelnen Gestalten sah, als wäre all die rote Rennigfarbe, die am blauen, zerfetzten Arbeitszeuge klebte, helkrotes Blut, das aus dem Körper durch die Kleider drang.

Vor Monaten, als die unaufhörliche, tägliche Serie Unglücksfälle auf der Werft begann, lag ich mit einem bauchherquistischen Werftarbeiter im Spital. — Blutüberströmt habe man ihn aus dem Bauch des Schiffes hochgeholt und schnell ins Krankenhaus geschafft, damit der Tod ihn nur nicht auch der Werft noch packte. — Er lag damals verzweifelt, hoffnungslos mir gegenüber und erzählte, daß das wilde Arbeitstempo — das brutale Antreiberregime — die Ursache für alle Unglücksfälle bei der Arbeit sei.

„Afford ist Wörd!“ fluchte er wild und krümmte sich — und jammerte die Schwester an, die früh und spät mit einer „Morphiumspritze“ — „tröstet“ kam.

Eile erzeugt Eile.

Von Kurt Offenburg.

Sie haben es so eilig, mein Herr? Ach ja, Sie haben nichts zu tun.
Niemand auf der Welt hat mehr Eile, als jene Leute, die zu viel Zeit haben.

Zeigt sich irgendwo deutlicher die Relativität unseres Daseins, die Traumbhaftigkeit der Erscheinungen, als an dieser nährlichen Verzauberung: indem das Tempo sich erhöht, jede Lebensfunktion umerschützt und erleichtert wird, je praktischer man diese „Beite aller Welten“ ausnützt, um so weniger werden wir arme Kreaturen mit diesem Dasein fertig.

Die Eisenbahn — schon rasch genug, wenn man sich der Postluste erinnert — wird durch das Flugzeug abgelöst: Hoch- und Untergrundbahnen durchschneiden die Städte und heben die Last der Entfernungen auf; das Fahrrad wird ein Museumstück sein, sobald jeder Staatsbürger seinen Führerschein in der Westentasche und sein Auto im Stall hat; Radio liefert Musik ins Haus wie der Restaurant das fertige Essen; Briefe schreibt man nicht mehr, und Telegramme diktiert man durchs Telefon; rechnen besorgt die Rechenmaschine; der elektrische Staubsauger und die Kochplatte funktionieren fast von allein.

Frage: Was haben wir an Ruhe, was an beinaulichem Glück gewonnen? Nichts! Eile erzeugt Eile. Jedes gepackte Atom will sich, losbar wie es ist, ganz bis zum Rande anfüllen mit Spannung. Jeder freie Atemzug wird in den Tätigkeitsortan gerissen, der unter sogenanntem Leben ist.

Wer weiß: Vielleicht gibt es einen Schnelligkeitsbazillus, eine

Rauschkrankheit, die von allen diesen Maschinen auf uns Menschen übertragen wird. Die Zeit bekommt ein anderes Gesicht: eine einzige Minute ist ein kostbarer Lebensabschnitt geworden, und wenn du fünf Minuten auf die Elektrische, die Untergrund warten müßst, dünkte es dich sinnlos vergebende Ewigkeit.

Von diesem Bazillus (den wir freudlich der Wissenschaft zur bakteriologischen Untersuchung zur Verfügung stellen) sind jene Leute am wenigsten infiziert, die ihre Tage vor Anstrengung gefichert in amüsanten Betrieben verbringen; die in vorläufigen Feiertagen ein vom Leben losgelöstes, beinahmliches Dasein führen. Hier soll es sogar noch (so versichert man uns) zerkaute Federhalterenden und patriarchalisch-geruhame Belperspausen geben. Hinter den Schaltern der öffentlichen Stellen trifft man noch die letzten Reste jener Spektres Mensch, die „die Ruhe“ haben; eine Gelassenheit, die sich gleichsam aus der Kaiserzeit der wartenden Außenwelt speist. In weiser Vorsicht hat man sie mit Cittern vor den drohenden Hartenden geschützt; denn der Mensch von heute, der vor Unentschieden warten muß, ist wie ein wildes Tier, dem die Lagen gestukt sind.

Aber wie unendlich viel haben jene zu tun — in dieser förmlich verdichteten Welt —, die es nicht nötig haben. Der große Geschäftsmann, der seine Millionen im Trocken hat, und doch täglich die Fülle seiner Belieblichkeit zwischen Bureau, Aufsichtsratskammern und Klubstufen hin und her hebt. Und jene Zeitstrahlen erst, die überhaupt keinen Beruf haben! Die einen Rennwagen besitzen, der seine 250 Kilometer Stundengeschwindigkeit herbeizog; die mit ihren Polopferden nach England und zum Herbstrennen nach Deauville eilen; die im Hochsommer zugleich in San Sebastian baden und eine Bergbesteigung in Äthen machen möchten. Und erst die Kaiserzeit jener unglücklichen Geschöpfe, die in grauen Vorzeiten nichts zu tun hatten, als „himmlische Rosen ins irdische Leben“ zu stecken; die heute moosieren, triffieren, Schönheit pflegen, rhythmisierten, Charleston stampfen, sich an- und umarmen, flirten, hovinggehen, studieren, tanzen und intrigieren müssen. Die Armen!

Aber auch wir, die der liebe Gott vor einem Einkommen, das die Arbeit verbietet, geschützt hat: auch wir sind ergriffen, angeblint von dem Bazillus der Eile. Wie das laufende Band den Fabrikarbeiter in sein grausames Tempo zwingt so verewaltigt uns das Tempo des geistigen Lebens. Wer kann die Massen bedruckten Papiers bewältigen, die die Kopiermaschinen in jedes Haus schleudern? Der moderne Mensch, schauernd vor dem „Zeitverlust“, den ein Buch zu lesen verursachen könnte, flüchtet in das Kino, das die mit Gesehen erfüllte Zeit in rapidem Ablauf verewaltigen kann.

Kurz: Man hat keine Zeit, kaum mehr Atem für die früher so wohlhabende, aber immer zeitraubende Beschäftigung der Liebe. Desto kürzer die Röcke, desto leidener die Strümpfe, desto emailierter die Gesehten und desto verführerischer die Gebärden werden —, um so rascher und geräuschvoller läuft der erotische Apparat, um so geringer der Erfolg. Tempo ist Selbstzwang. In einem grotesken Irrsinn dreht sich das maßlosenfranke Leben um sich selbst, und kein Gott kann es abstellen.

Sie haben es so eilig, mein Lieber? Ach ja, ich weiß, Sie haben nichts zu tun.

Warum Big-Ben? Die große Glocke im Parlamentsturm in London, die Big-Ben, ist durch den Rundfunk in den letzten Jahren täglich von Millionen Kontinentbewohnern gehört worden. Sie hat ihren Namen von Benjamin Hall, dem technischen Leiter des Werkes, das die Glocke feinerzeit erzeugte.

Die Astrologie.

Von Dr. Bruno Borchardt.

In fast jeder Nummer vieler verbreiteten Zeitschriften und gelehrter Tageszeitungen findet man Interesse folgender Art: „Ein berühmter Astrolog wird Ihnen gratis sagen: Wird Ihre Zukunft glücklich, gesegnet, erfolgreich sein? Werden Sie Erfolg haben in der Liebe, in der Ehe, in Ihren Unternehmungen, in Ihren Plänen, in Ihren Wünschen usw. usw.“ Mit der angekündigten Unentgeltlichkeit der Prophezeiung ist es eine eigene Sache; zunächst wird jedenfalls eine „Kleinigkeit“ für Portoaussagen verlangt; was sonst noch dahinter steht, weiß ich nicht, nur so viel ist ganz sicher, daß die „berühmten Astrologen“ ihre Weisheit nicht umsonst abgeben, sondern ein recht behagliches Einkommen aus ihren Prophezeiungen ziehen; sonst wären die zahlreichen und immer wiederholten Anfeindungen nicht möglich. Es gibt eben immer noch eine große Anzahl von Menschen, gerade auch unter den zahlungsfähigen, die sich so gern die gebildeten Kreise nennen, welche für diesen offenbar Schwindel ihr Geld opfern.

Was so viele Leute zum Astrologen treibt, übrigens in gleicher Weise zu Kartenlegerinnen und Wahrlagern aller Art, ist die tiefe Sehnsucht, etwas über ihre und ihrer Angehörigen Zukunft zu erfahren, eine Sehnsucht, die glücklicherweise immer unbedeutend bleiben wird; man sollte der Kassandra eingedenk sein, die nach der griechischen Sage von dem Gotte Apoll die Sehergabe erhalten hatte und darüber sagt:

Zukunft hast du mir gegeben,
Doch du nimmst den Augenblick,
Rahmst der Stunde köstlich Leben,
Nimm dein solch' Geschenk zurück!

Selbstverständlich darf man nicht alle Astrologiebesessenen zu den bewußten Betrügnern und Ausbeutern der menschlichen Dummheit zählen. Es gibt auch viele, die zunächst von dem Scheinwissen angetanzt sind in das ganze komplizierte System, das auch einige astronomische Kenntnisse erfordert, hineingearbeitet haben und so anhaltend mit ihm beschäftigt, daß sie jedes unbefangene Urteil verlieren haben und nicht mehr erkennen können, daß es bei den Willkürlichkeiten, die der Sternendeutung zugrunde liegen, sich um ganz eben so halboise und unbegründete Dinge handelt, wie etwa bei der Deutung des Koffeesches oder geschlagener Eier oder des Fallens der Karten und dergleichen, nur sind bei der Astrologie diese Willkürlichkeiten in ein mit den Sternstellungen zusammenhängendes System gebracht. Man braucht sich nur zu vergegenwärtigen, wie rein zufällig die Bezeichnungen der verschiedenen Sterne sind, um sich sofort darüber klar zu werden, wie vollkommen halboise es ist, menschliche Charaktereigenschaften und Schicksale mit ihnen in einen Zusammenhang zu bringen, der recht deutlich auch ein Zusammenhang mit dem Namen der Sterne ist.

Ueber dem Urstimm, welcher der Astrologie ganz handgreiflich zugrunde liegt, darf man aber nicht vergessen, daß sie Jahrhunderte, ja Jahrtausende lang eine sehr bedeutende Rolle im Gesehtleben der Völker gespielt hat, und daß es ganz falsch wäre, hier von einem ständigen fortgesetzten Betrug zu sprechen. Die Deutung von Sterngruppenungen als „günstig“ oder „ungünstig“ für den Menschen ist schon in den ältesten primitivsten Zeiten der Menschheit entstanden, als die Menschen, die sich ohnmächtig den Naturgewalten gegenüber fühlten, überall das Wirken guter und böser Dämonen zu erblicken glaubten, auf welche sie durch allerhand Handlungen Einfluß zu üben hofften, um Unheil von sich abzuwehren. In den Sternen glaubte man nicht

mer Symbole von Gottheiten, sondern unmittelbare Götter selbst zu erblicken. So entstanden Sternreligionen, und die Hüter des Glaubens, die Priester, wurden auch die berufenen Sternbeuter, zumal auch die Entwicklung wissenschaftlicher Erkenntnisse vielfach ausschließlich in der Hand der Priester lag. Bedenkt man weiter, daß von der Natur der Gestirne und der Art ihres Wirkens auf einander Jahrtausende lang so auf wie gar nichts bekannt war, so wird man begreifen, wie der Glaube an ihre Einwirkung auf Menschen und Menschenschicksale entstehen und weite Verbreitung finden konnte. Wir finden daher ganz hervorragende Geister unter den gläubigen Anhänger der Sterndeutung, ich nenne nur den griechischen Philosophen Plato und den hervorragenden Astronomen Ptolemäus, dessen Almagest einhalb Jahrtausendlang die Grundlage aller weiteren astronomischen Forschung bildete. So fest verankert war die Sternendeutung im allgemeinen Bewußtsein, daß während des ganzen Mittelalters kaum irgendeine wichtige Staatsaktion unternommen wurde, ohne daß man vorher die Astrologen befragte. Ja, die Männer, welche die Grundlage für die moderne Physik und die modernen Anschauungen vom Wesen und den Bewegungen der Himmelskörper legten und somit recht eigentlich der Astrologie jeden wissenschaftlichen Boden entzogen, Nikolaus Kopernikus, Galileo Galilei, Johannes Kepler, waren selbst schon keineswegs frei von dem überkommenen astrologischen Wahn, sondern erblickten in der Sterndeutung zum Teil noch unumstößliche Wahrheit und übten, wie zum Beispiel Kepler, zum Teil diese Kunst selbst aus. Es ist durchaus ungerührt und bedeutet ein völliges Mißverstehen von Keplers Geistesart, wenn man seine astrologische Tätigkeit nur als Ausfluß finanzieller Not und also gewissermaßen als bewußten Betrug hinstellt. Er bezeichnet zwar die Astrologie als „das häßliche Lächerlein“ der Astronomie, wor aber weit davon entfernt, den Einfluß der Sterne auf das irdische Gesehen zu leugnen.

Gerade auf die nachdenklichsten Menschen hat die Astrologie einen großen Einfluß ausgeübt, denn gerade diese suchen einen tiefen inneren Zusammenhang zwischen allem Gesehen in der Welt, sie wollen die Welt als etwas Einheitsliches auffassen, das nicht in vollständig verschiedene aufeinander unwirksamen Bereiche getrennt werden kann. Auch in unseren Tagen ist diese tiefe Sehnsucht nach einer einheitlichen Welt, deren Gesehen Geistiges, Organisches und Unorganisches gleichmäßig unterworfen ist, überaus lebendig, und ohne weiteres muß zugegeben werden, daß die moderne Wissenschaft trotz aller ihrer Fortschritte und Errungenschaften dieses Sehnen zu stillen nicht imstande ist. Es gibt eben immer noch „viele Dinge zwischen Himmel und Erde, von denen unsere Schulweisheit sich nichts träumen läßt“. Das weiße Gebiet des Einflusses rein seelischer Vorgänge auf rein körperliche, wie er z. B. schon in dem schamhaften Erötten sich äußert, hat die Wissenschaft kaum noch begonnen zu erschließen, und von einer Durchdringung und Aufhellung ist sie noch weit entfernt. Daß es den Menschen überhaupt jemals gelingen wird, alle Rüssel der Natur zu lösen, ist kaum anzunehmen. Das darf aber selbstverständlich kein Grund dafür sein, sich dem blödesten Überglauben zu ergeben und die Geheimnisse, welche die Natur der Wissenschaft nicht offenbaren will, nun von Kartenlegerinnen, Eierschlaglerinnen oder Astrologen sich enthielt zu lassen. Wer das Gesehen ist, auf solche Weise den Geheimnissen der Natur näher zu kommen, der bemerkt deutlich, daß er „berachtet nur Vermunft und Wissenschaft, des Menschen allerhöchste Kraft“.

